



Infobrief

**des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik
Nr. 09 – Mai 2011**

Inhalt	
EDITORIAL	2
Aktionswochenende in Köln	
Bericht vom V. Jugendaktionswochenende in Köln	3
Referat: Von der Bonner Republik zur Berliner Annexionsrepublik	5
Referat: Die Kämpfe der Völker – die Krise und der Krieg	11
Referat: Militarismus und Antimilitarismus	14
Zeitzeugenbericht über den Kampf innerhalb der Bundeswehr	16
Abschlussrede	19
Aktionswochenende in Leipzig	
Bericht vom internationalen Wochenende	20
Referat: 3 Länder, 1 rote Fahne, 1 Feind, 1 Kampf, 1 Sieg	22
Referat: Warum der Zug durch die Tschechische Republik und die Republik Polen fährt	27
Rede der Komunistyczna Partia Polski	30
Rede der Komunistický Svaz Mládeže	32
Rede der Svaz mladých komunist ceskoslovenska	33
MATERIAL zum Notstand der Republik	
Übersicht	34
Anhang: Flugblatt zu Klassenkampf statt Weltkrieg	35

Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik
www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de • Mail: info@Jugendkongress-NdR.de
 Spenden: Postbank Essen, Konto-Nr.: 415845435, BLZ: 36010043, M. Wildmoser

Aktionszug gegen den Notstand der Republik



Der Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

Am 12. und 13. Mai 2007 fand in Berlin der Jugendkongress - Notstand der Republik statt. Über 80 Jugendliche aus verschiedensten Organisationen und der Gewerkschaftsjugend trafen sich dort, um zu prüfen, was in diesem Land vor sich geht. Dabei stellten wir fest, dass die Regierenden eine Reihe von Maßnahmen getroffen haben, welche die Demokratie in diesem Land gefährden, deswegen sprechen wir vom Notstand der Republik. In der auf dem Kongress verabschiedeten Erklärung haben wir die wichtigsten Maßnahmen aufgezählt:

- „die verfassungswidrige Zentralisierung von Polizeien und Geheimdiensten, wie z.B. im Gemeinsamen Terrorismus Abwehrzentrum
 - den Einsatz der Bundeswehr im Inland, sowie die Militarisierung der Gesellschaft, speziell durch die flächendeckende Einführung des Heimatschutzes, durch den die Reservisten der Bundeswehr in sogenannten Verbindungskommandos organisiert werden und zahlreiche zivile Verbände und Hilfsorganisationen unter das Kommando der Bundeswehr gestellt werden
 - und nicht zuletzt die Entrechtung großer Teile der Bevölkerung durch die Hartz-Gesetze.“
- Wir zogen daraus folgenden Schluss:

„Wir verurteilen sie, weil durch sie nicht nur der Krieg gegen das eigene, sondern vor allem auch der Krieg gegen andere Völker vorbereitet wird.“*

Wir beschlossen, dieser Entwicklung unseren Widerstand entgegen zu stellen. Wir richteten den Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik ein, organisierten Demonstrationen, veranstalteten große Aktivistentreffen, führten einen Aktionstag in zwölf Städten durch und noch vieles mehr.

Seitdem wir diesen Kampf begonnen haben, hat sich der Notstand der Republik weiter verschärft. ABER (so schreiben wir in unserer zweiten Erklärung im Februar 2008):

„Das ist für uns kein Grund zu verzagen, im Gegenteil: Das ist die direkte Aufforderung der BRD-Reaktion an uns, den Kampf gegen sie weiter zu führen und zu verbreitern! Jetzt erst recht! Ob Sozialdemokrat, Kommunist, Gewerkschafter oder Antifaschist, West oder Ost: Kampf dem Notstand der Republik!“*

In diesem Sinne arbeiten wir weiter und geben seit Februar 2009 diesen Infobrief heraus, mit dem wir über die aktuelle Entwicklung des Notstand der Republik und über Aktionsmöglichkeiten, sowie interessante Materialien dagegen informieren wollen.

* Die Erklärungen im vollen Wortlaut findet ihr auf unserer Homepage (www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de)

Bericht vom V. Jugendaktivistentreffen gegen den Notstand der Republik

Unter der Losung „Von der Bonner Reaktion zur Berliner Annexions- und Kriegsrepublik!“ hatte der JAA zum V. Jugendaktivistentreffen am 26./27. Februar in Köln eingeladen. Aus mehreren Städten der Republik beteiligten sich Jugendliche verschiedener Jugendorganisationen, Unorganisierte, „alte Hasen“ und „Neue“.

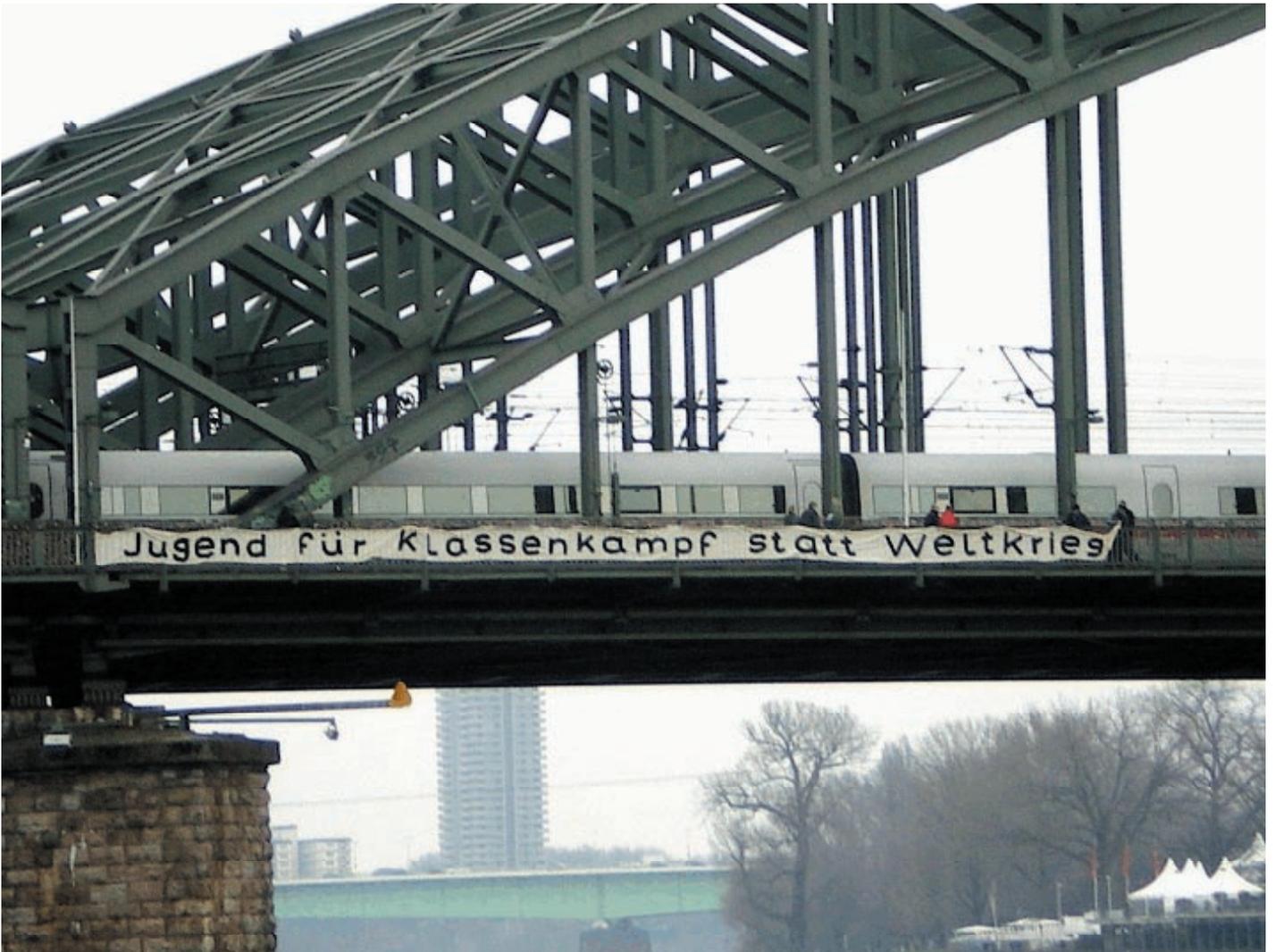
Zum Auftakt des Treffens ging es mit einer Picketline aus 12 Transparenten auf einer 2 1/2 stündigen Demo-Route durch die Kölner Innenstadt. Das Shopping- und Touristen-Publikum des Samstag-Mittag-Kölns musste einer von wenigen Personen, aber dafür umso machtvolleren Demonstration Platz machen. Die Zuschauer, die die gesamte Demo an sich vorüber ziehen ließen, haben folgendes präsentiert bekommen: Auf dem ersten Transparent war zu lesen: „Hier wird der Weltkrieg vorbereitet“, die folgenden bewiesen, warum diese These Realität ist in Deutschland. Auf dem Transparent „Auch hier in Köln“ waren in einer schematischen Karte von Köln alle Institutionen eingezeichnet, die mit dem Staatumbau, der Militarisierung der Gesellschaft und der Kriegsvorbereitung zu tun haben. Denn hier sitzen z.B. das Bundesamt für Verfassungsschutz, das Bundesverwaltungsamt, das die Vorratsdatenspeicherung betreibt, der Heimatschutz im Rathaus für Köln und in Köln-Wahn die oberste Heimatschutzführung für die gesamte BRD, der Militärische Abschirmdienst und in Bonn das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

Darauf folgte ein Block gegen zentrale Maßnahmen des Staatumbaus, der die „Zentralisierung des Gewaltenapparats“, „Bundeswehr in Schule, Uni und Betrieb“, „Söldner-

armee und Heimatschutz“ als „Das ist Kriegsvorbereitung“ anprangerte.

„Das heißt Krieg“ stand als Feststellung unter den beiden nachfolgenden Transparente „Deutsches Diktat gegen Europa“, „Ausplünderung und Knechtung anderer Völker“. Der Forderung „Für die Souveränität Griechenlands, Irlands, Portugals ...“ folgte das Brechtzitat „Die Kapitalisten wollen keinen Krieg, sie müssen ihn wollen.“ Denn über die eigentlichen Ziele der deutschen Europa-Politik, mit sog. Rettungsschirmen krisengeschüttelten EU-Ländern unter die Arme greifen zu wollen, sollte schon Klarheit bestehen. Es geht um den Erhalt der Profite und des Export-Wunders aus Deutschland. Sollten einige Länder - durch die Krise bedingt - dem im Wege stehen, muss eben nachgeholfen werden. Und so ist die verschärfte Ausbeutung der Völker anderer Länder durch deutsche Spardiktate nichts anderes als die Fortsetzung der Politik, die sich an den Profiten der Deutschen Bank und Co orientiert, mit anderen Mitteln. Der nächste Transparente-Block zeigte, was die einzig richtige Antwort darauf ist: „Unsere Zukunft ist nicht Krise, Krieg und Barbarei!“ Denn das ist die Wahl, die wir zu treffen haben: Weiter tatenlos rumsitzen und darauf hoffen, alles unbeschadet zu überstehen oder den Kampf auf zu nehmen für ein besseres System, das ohne Krieg, Ausbeutung und Krise auskommt. Das nächste Transparent warb für die im Anti-Kriegs-Aktion „Klassenkampf statt Weltkrieg!“, die vom Jugendaktionsausschuss unterstützt wird. Die Losung „Für die Internationale Solidarität!“ bildete den Abschluss des Zuges. Im Anschluss an die Transpi-Picketline kamen zwei





Fässer auf Rollen, die mit lautem Trommeln die Sprechchöre der Demo unterstützten. Einige der Transparente waren dreisprachig, um sie auf der Route des Aktionszuges „Klassenkampf statt Weltkrieg!“ durch die Tschechische Republik, die Republik Polen und die BRD mitführen zu können.

Die Demonstration begegnete auf ihrer Route aber nicht nur Passanten, sondern auch einem weiteren Transparent. Die Hohenzollern-Brücke eignete sich hervorragend für das wohl längste Transparent, das dort je gesichtet wurde: Über 33 Meter hinweg war in gigantischen Buchstaben „Jugend für Klassenkampf statt Weltkrieg“ zu lesen.

Die Demo hielt für mehrere Zwischenkundgebungen an: Zum Beispiel wurden vor dem Sitz der alten „Neuen Rheinischen Zeitung – Organ der Demokratie“, deren Chefredakteur Karl Marx war, Reden gehalten. Eine weitere Zwischenkundgebung fand vor dem Kaufhof in der Schildergasse statt, das als Teil der Leonhard Tietz AG im September 1934 „arisiert“ wurde. Auch die Bezirksregierung von Köln erhielt einen Besuch. Neben einem „echten“ Amtsschild „Hier regiert der Heimatschutz“, das die Außen-Fassade für einige Zeit schmückte, wurden hier Reden gegen den Heimatschutz gehalten. Einen Heimatschutz, der sich flächendeckend in ganz Deutschland in die zivilen Angele-

genheiten einmischt, die zivilen Hilfsorganisationen in Einsatzfällen befehligt und die Militarisierung der Gesellschaft, die zivil-militärische Zusammenarbeit enorm beschleunigt. Die Abschlusskundgebung fand vor dem LD Haus, der ehemaligen Gestapozentrale und heutigem Mahnmal für den Faschismus und dem vor einem Jahr eingeweihten Deserteursdenkmal statt.

Unterstützt wurde die Aktion vom Kölner Unterstützerkreis der Aktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“.

Am Nachmittag ging es mit Referaten zur Entwicklung „der Bonner Reaktion zur Berliner Annexions- und Kriegsrepublik“, „den Kämpfe der Völker und die Kriegsgefahr“ und zu „Militarismus und Antimilitarismus“ weiter.

Am Abend gab's eine kleine Session mit Arbeiterliedern und Stücken des proletarischen Internationalismus und den Film der Generalprobe vom 8. Mai 2010.

Mit dem Schwung vom Samstags fand dann am Sonntag eine erweiterte Sitzung des JAA statt. Fünf junge Aktivisten nutzen das Angebot zweier Kölner Unterstützer zu einem antifaschistischem Stadtrundgang. Besucht wurde dabei natürlich auch das Café in dem Marx schon mal seinen Kakao geschlürft hat :-;

Lisa und Wuide

Von der Bonner zur Berliner Annexionsrepublik

Die Entwicklungen und Tatsachen der Kriegsvorbereitungen, welche wir heute Vormittag auf der Demonstration zum Thema gemacht haben sind nicht vom Himmel gefallen. Hier in Köln haben sich die letzten 60 Jahre, also in den Jahren seit der Gründung der BRD, fast der gesamte staatliche zentrale Unterdrückungsapparat der sogenannten Bonner Republik angesammelt.

Diese Institutionen stammen eigentlich fast alle aus einer Zeit, da Bonn der Regierungs- und Parlamentssitz der BRD war. Bevor die BRD gegründet werden konnte wurde aus den Besatzungszonen der Westalliierten die Trizone gebildet. Bonn und nicht Frankfurt/Main wurde zur Hauptstadt, weil zum einen die Arbeiter 1948 nach der Einführung der Westdeutschen Separatwährung, der DM, im Generalstreik standen, denn nach der Einführung stiegen die Lebensmittelpreise und Preis für den täglichen Bedarf astronomisch an, weil jeder Händler und Produzent von Anfang an maximalen Profit erpressen wollte. Die Folge: Die Schaufenster waren voll und die Mägen der Arbeiter leer. Eines der Zentren des Generalstreikes war Frankfurt/Main. Zum anderen war die BRD in den Grenzen von 1949 eh nur als Provisorium gedacht. Nämlich nur so lange bis die Sowjetische Besatzungszone (SBZ), die spätere DDR „befreit“ sein würde und Berlin wieder zur gesamtdeutschen Hauptstadt werden könnte, am besten die Hauptstadt eines Deutschlands in den Grenzen von 1937 also inklusive Teile von Polen und der CSSR. Dass die Mehrheit der bürgerlichen Parlamentarier Angst vor dem Volk hat und sich in Provinznester zurückzieht hat Tradition. Die Weimarer Republik wurde nicht in Berlin gegründet, obwohl sie dort ausgerufen wurde, weil dort die Arbeiter trotz der Ermordung von Luxemburg und Liebknecht und dem Terror der Freikorps weiter um Ihre Forderungen kämpften. Bonn als Provisorium zu installieren war eine pure Provokation, denn es bedeutete, dass die Grenzen des Nachkriegseuropas offen in Frage gestellt wurden. Es wurde ein Staat mit dem Ziel gegründet, andere Gebiete zu erobern.

Auf welche Weise die sogenannte „Befreiung der Ostgebiete“ vonstatten gehen sollte, war auch schon vor der Gründung der BRD klar. Laut den Regierungen der USA und Großbritannien sollte das neue Deutschland Aufmarschort gegen die Sowjetunion und den Volksdemokratien in Osteuropa werden und dafür sollte dieses Westdeutschland unbedingt 500.000 Soldaten stellen. Deshalb missachteten die Westalliierten das Potsdamer Abkommen in fast allen Punkten. Laut Potsdamer Abkommen der vier Hauptsiegermächte über das faschistische Deutschland, sollte Deutschland als Ganzes von allen vier Besatzungsmächten gleichberechtigt verwaltet und erhalten werden. Die Westmächte

hielten sich in keinem Punkt an das Potsdamer Abkommen. Die Entnazifizierung hatte noch gar nicht richtig begonnen, da wurde sie schon wieder abgeblasen, die Verurteilung der faschistischen Wehrmacht als verbrecherische Organisation vor dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal wurde gegen den entschiedenen Proteste des sowjetischen Anklägers durch die Westalliierten verhindert. Werner von Braun, ein Raketentechnologe, welcher die Ermordung Tausender Menschen für das Raketenprogramm des deutschen Faschismus zu verantworten hatte, der nichts getan hat, um das Verrecken bei der Produktion zu verhindern, dieser Erfinder so mörderischer Raketenwaffen, welche untauglich waren auch nur ein militärisches Ziel zu treffen und deshalb nur gegen Großstädte eingesetzt wurden, dieser Ingenieur des totalen Terrorkrieges, konnte bei den Amerikanern ungestört mit allen Lorbeeren weiter machen.

Die Demilitarisierung wurde sabotiert, indem faschistische Geheimdienstgeneräle in den Dienst der Amerikaner gestellt wurden und fast 100.000 ehemalige Wehrmichtsangehörige als zivile Ordnungskräfte angestellt waren. Bis 1947 waren 200.000 faschistische Soldaten noch in Formation aufgestellt, d.h. sie waren kaserniert und warteten nur auf die Waffenausgabe für einen neuen Krieg. Erst nach Protesten der UdSSR wurden diese aufgelöst. Es wurden Teile der faschistischen Wehrmacht bewaffnet, welche die Waffen und die Munition der entwaffneten Wehrmacht und SS bewachten. Die Rüstungsindustrie wurde überhaupt nicht demontiert. Von 163 unterirdischen Produktionsanlagen wurden zwei abgebaut. Über 1500 Rüstungsbetriebe verblieben ohne angetastet zu werden. Ach ja, die Amerikaner demontierten dort, wo sich laut dem Abkommen von Jalta wieder zurückziehen mussten, nämlich in der späteren sowjetischen Besatzungszone. Allein im thüringischen Eisenach an der Grenze zu Hessen wurden über 2000 Güterwagons demontiertes Materials gezählt. Die De-Monopolisierung wurde erst gar nicht begonnen, damit blieb die Rüstungsindustrie, welche die gesamten Kleinbetriebe gleich mit kontrollierte, in der Lage von jetzt auf gleich wieder die Kriegsproduktion auf zu nehmen. Und die Demokratisierung? Da werden 1948 nicht einmal 150 Leute bestimmt, ein Grundgesetz auszuarbeiten, welches ausdrücklich über die Grenzen des zu gründenden Staates Geltung haben musste und die Wiederbewaffnung einschloss, das Streikrecht ausklammerte und Volksbefragungen nicht vorsah. Der Alleinvertretungsanspruch gilt auch heute noch für alle Deutschen auf der Welt. Selbst in der Weimarer Verfassung gab es Volksabstimmungen. Demokratisiert war da nichts, denn die Volkskongressbewegung, in welcher Hunderttausender Menschen für ganz Deutschland eine Verfassung

ausarbeiteten, wurde behindert und bekämpft, ja schließlich verhindert.

Noch bevor die BRD gegründet wurde, war klar: Sie ist gegründet worden, um Krieg zu führen. Die Gewerkschaftsbewegung und jede demokratische Bewegung sollte nieder gehalten werden. Diese Republik wurde mit dem Segen der Westalliierten gegründet, das Potsdamer Abkommen zu zerstören und zwar mit alle Mitteln, um nach Osten zu schießen. Um die SBZ, spätere DDR, Teile Polens und der CSSR zu annektieren und die Volksdemokratien in Ost- und Südosteuropa wieder unter die kapitalistische Herrschaft der Hauptimperialisten zu zwingen. Im Petersberger Abkommen wird eine Bundespolizei als Zwischenlösung für eine deutsche Armee empfohlen. Adenauer durfte mit der Aufstellung dieser Polizei beginnen und beauftragte den General der Panzertruppe Graf von Schwerin. Wozu ein Wehrmacht-Panzergeneral, wenn doch eine Polizei gebraucht wird? Ach ja, diese Polizei sollte ja die neue Armee bilden.

Das laxer Vorgehen der westlichen Sieger ermutigte die alten faschistischen Eliten und die Monopole, dass es nicht so schlimm, wie im Potsdamer Abkommen vereinbart, kommen werde und, dass der Westen doch großes Interesse habe gegen die Besiegten nicht vorzugehen.

Die Eliten boten sich den West-Alliierten an, da sie mitbekamen, dass Großbritannien und die USA als neuen Hauptfeind die UdSSR auserkoren hatten. Sie boten an, eine selbstständige Armee unter NATO-Kommando als gleichberechtigter Teil im Bündnis aufzustellen. Da wollten also Kriegsverbrecher, welche keine fünf Jahre vorher ganz Europa in Schutt und Asche gelegt hatten damit die Deutschen Bank und Industriemonopole zur Weltherrschaft gelangen sollten, als Gleichberechtigte in einem Bündnis gegen die nicht-kapitalistischen Staaten Osteuropas wirken. In der Himmerod'er Denkschrift 1950 (welche als Magna Charta der Bundeswehr gilt) unter dem General Speidel wurde folgendes ausgearbeitet: In Himmerod wurden Dutzende faschistische Generäle versammelt, um eine neue Armee zu konstruieren. Sie stellten aber die Bedingung: Sie wollten nur eine neue Armee aufstellen, wenn die Kriegsverbrecher wieder auf freien Fuß gesetzt würden. Dem wurde entsprochen. Die Vorschläge waren eindeutig darauf aus unter Täuschung der Bevölkerung Strukturen zu schaffen, um zu einer neuen Armee zu gelangen: Aufbau eines zivilen Luftschutz, Aufbau einer zentralen Polizei, die Rehabilitierung der Wehrmacht und eine Notstandsgesetzgebung, welche bei Bedarf das Grundgesetz ausschaltet. Die neue Armee sollte vor allem aus schnellen starken Panzerkräften bestehen mit einer Luftwaffe, welche vor allem im frontnahen Hinterland tätig ist. Also eine neue Blitzkriegsvariante, dies heißt dann bis 1990 Vorverteidigung. Der Krieg sollte von der Ostgrenze der BRD sehr schnell über die DDR, die CSSR und Polen Richtung Sowjetunion erfolgen. Als Legitimation

wurde ein „Weltanschauungskrieg propagiert, welcher der Nordatlantischen Schicksalsgemeinschaft aufgezwungen wird“. Also die BRD muss angreifen bevor es der „Russe“ macht. Fünf Jahre vorher hieß es noch: „Das Deutsche Volk musste dem Überfall der Sowjetmacht zu vor kommen um Europa vorm jüdischen Bolschewismus zu retten.“

Ebenfalls 1950 wurde eine Zentrale für den Heimatdienst aufgebaut. Auf dem Bundesparteitag der CDU in Goslar sprach Adenauer von „anti-christlichen Umtrieben“ und wähnt „das westliche Abendland in Gefahr“. Es bilden sich massenweise Vereine von Wehrmacht- und SS-Angehörigen. Obwohl dies im Potsdamer Abkommen und laut dem Wiederbetätigungsartikel des Grundgesetz verboten ist. General Eisenhower, General der US-Armee und Befreier Europas vom deutschen Faschismus, gibt eine Ehrenerklärung für die Wehrmacht ab. Diese Ehrenerklärung erweitert Herr Adenauer auf Nachfrage auch auf die SS-Angehörigen. Eine Ehrenerklärung für die Mörder und Bestien von Oradure bis Belorussland, den Besatzern von Norwegen bis Griechenland, den Verbrechern von Buchenwald und Auschwitz.

Für die innere Militarisierung wurde Herr Blank als Leiter des Innenministeriums für Luftschutz und zivilen Ordnungsdienst berufen. Der zivile Luftschutz der Weimarer Republik war eine stille Reserve der Reichswehr und diente den Nazis als Überwachungs- und Requirierungskommando. Ebenfalls 1950 wurde das THW gegründet. Die Vorgängerorganisation, Technische Nothilfe wurde als verbrecherische Organisation verboten. Der Oberste Wiedergründer dieser Streikbrechreorganisation Herr Lummitsch hatte bereits die TN gegründet.

Die Bereitschaftspolizeien der Länder hatten Ende 1950 bereits 30.000 Mann und der Bundesluftschutzverband verfügte bereits genau wie der BGS über 10.000 Soldaten.

Der Verfassungsschutz wurde gegründet und als Auslandsgeheimdienst die Organisation „Gehlen“. Gehlen war Wehrmachtgeheimdienstgeneral in Osteuropa. Dieser General konnte mit seiner Organisation keine einzige Offensive der Roten Armee vorhersagen.

Die Ämter BKA, Verfassungsschutz und BGS waren im Innenministerium untergebracht.

Während dem Vorsitzenden der KPD und Bundestagsabgeordneten Reimann die Immunität aberkannt wird, werden die Kriegsverbrecher freigelassen, um die Rüstungswirtschaft zu organisieren um die neue Armee mit den Repressionsorganen im Inneren aufzubauen. Gegen diese Vorbereitung eines dritten Weltkriegs gab es in dieser jungen, sogenannten Republik, massiven Widerstand. Denn sehr große Teile der Werktätigen und Teile aus dem Bürgertum sahen, dass all diese Maßnahmen nur eins bedeuten konnte, nämlich dass wozu diese Organe aufgebaut wurden.

Krieg!

1951 wurde u.a. von religiösen oppositionellen Kräften die „Ohne uns“- und „Ohne mich“-Bewegung gegründet, der Initiator Pfarrer Niemüller konnte über 100 Persönlichkeiten gewinnen, welche einen Stopp der Remilitarisierung, vollständige Abrüstung und einen Friedensvertrag forderten. Die durchgeführte Volksbefragung ergab, dass von 9,1 Mio. Menschen, welche sich in der BRD an dieser beteiligten, 94,41% für diese Forderungen stimmten. Im selben Jahr wurde Philipp Müller, ein FDJler, bei einer Friedensdemonstration in Essen von der Polizei erschossen und die FDJ verboten, gemeinsam mit der VVN und vielen weiteren Friedensgruppen. Heinemann und Wessel gründeten „Die Notgemeinschaft für Frieden in Europa“. Die Landesverbände des DGB Bayern und Hessen schlossen sich der Bewegung an und traten in Streiks. Im September desselben Jahres wurde beim BVG das Verbot der KPD beantragt.

Es gelang nicht diese Bewegungen zusammenzuführen. Die SPD verbot allen Ortsverbänden mit der KPD zusammenzuarbeiten und lehnte ebenso eine Kooperation mit den bürgerlichen Kräften ab. Die Zersplittertheit der Gegner konnte somit die Militarisierung in diesem frühen Stadium nicht verhindern.

Aber sie verzögerte sich, denn die Menschen in Frankreich, Großbritannien und ganz Westeuropa sahen die Gefahren eines Krieges und es gab Widerstand gegen eine westdeutsche Bewaffnung und, dass sich die Alliierten auch nicht sofort einigen konnten, verzögerte die Aufstellung einer Armee. Allerdings liefen alle Maßnahmen auf Hochtouren weiter.

Die BRD nutzte diese Zeit sich nach innen zu stabilisieren. Die gesamte Totale Kriegswirtschaft mit den Technikern des Todes wurde wieder auf Hochtouren getrimmt und versorgte Europa wieder mit Waffen. Die Richter, welche in der Weimarer Republik Tausende Arbeiter in den Knast verbannten, die faschistischen Terrorbanden schützten, bei den Nazis Tausende widerständische Menschen aus Deutschland und Europa auf das Schafott urteilten, diese kriminelle Bande steckt nun wieder diejenigen in den Knast, welcher sie früher nicht habhaft werden konnten. Nämlich Antimilitaristen, Friedensfreunde, Kommunisten. Die Polizei bestand fast ausschließlich aus ehemaligen NSDAP-Mitgliedern, das THW aus ehemaligen Wehrmachts- und SS-Angehörigen und der Staatsapparat umfasste mehr ehemalige Faschisten als unter Hitler. Die Lehrer, welche eine ganze Generation im Geiste des Faschismus erzogen hatten, welche keinen Widerstand leisteten und bis zu Letzt zu ließen, dass ganze Schulklassen in den Volkssturm gingen oder sogar dafür warben; die gleichen, welche nichts unternahmen, als die Kinder jüdischer Eltern in den Klassen und Schulen ausgegrenzt wurden und dann verschwanden - meist ins Gas – blieben im Amt. An den Universitäten wurde die alte Doktrin vom zu kurz gekommenen Deutschland weiter gelehrt. Es hatte

sich zu 1945 fast nichts verändert. Daraus konnte nichts Fortschrittliches werden.

Die BRD ist keine 10 Jahre alt da wird die KPD verboten und die Bundeswehr aufgestellt.

Jetzt fehlt bloß noch ein Instrument, um das Grundgesetz auszuschalten, falls es doch zu viele Demokraten geben sollten oder die Arbeiter die Klausel „Eigentum verpflichtet“ ernst nehmen und die Betriebe zu ihren Eigentum machen, damit in den Betrieben für ihre Bedürfnisse gearbeitet werden kann. Sogenannte Rechtsgelehrte setzten um, was die faschistischen Wehrmachtgeneräle in Himmerod vorgeschlagen haben: eine Notstandsgesetzgebung, um das Grundgesetz ausschalten zu können. Weil die Pläne einer Notstandsverordnung sehr schnell bekannt wurden, war es möglich, zeitig gegen diese vorzugehen, der Kampf wird u.a. und vor allem vom SDS sehr konsequent organisiert. Diese Gesetze sehen u.a. vor: Streikverbot; Aufhebung der Presse und Meinungsfreiheit, Zwangsarbeit, Einzug von Privateigentum, z.B. Autos, Ausschaltung des Parlaments. Der Notstand kann im Bedarf vom Bundeskanzler und ein paar weiteren Ministern ausgerufen werden. Diese Gesetze wurden für Zeiten gemacht, in denen es in der Wirtschaft hagelt und für den Krieg, denn innerhalb kürzester Zeit kann die Wirtschaft umgestellt werden. Diese Notstandsgesetze sind Kriegsvorbereitung. Über 10 Jahre dauert der Kampf und, obwohl die SPD in die große Koalition geholt wird, gehen die Proteste weiter. Die SPD rückt nicht von den Notstandsgesetzen ab, sondern beschließt diese, sie unternimmt keine Schritte zu Entmilitarisierung, wohl aber gibt sie das Versprechen gegenüber den Monopolen, mit Hilfe einer neuen Ostpolitik die Ostgebiete doch noch zu holen.

Die Proteste gegen den Notstand konnten die Verabschiedung nicht stoppen, aber ihre Anwendung verhindern. Ebenfalls kam es zu einer Phase demokratischer Kämpfe in der BRD. Nach Innen muss die Herrschaft mit Berufsverboten gegen Kommunisten und Aufbau eines wirklichen Polizeistaates abgesichert werden. Praktisch richtet sich der Sicherheitsapparat gegen Menschen, welche gegen den Ausbau von Flughäfen, Spekulationen mit Wohneigentum und gegen Kernkraft sind. In den Wirtschaftskrisen versucht die SPD über Staatsverschuldung und Aufrüstung den kapitalistischen Karren aus dem Dreck zu ziehen. Die SPD kurbelt die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Aufrüstung Südafrikas mächtig an, obwohl die UNO und die internationale Staatengemeinschaft einen Boykott fordern. Sogar US-amerikanische Unternehmen müssen sich, auf Druck der sozialen Bewegungen in den USA, aus Südafrika zurückziehen. Waffenexporte gibt es an alle Regierungen, die auf das Volk schießen lassen, z.B. auch nach Chile.

Der Aufmarschplatz BRD wird durch die Stationierung von neuen Kurzstreckenraketen, den amerikanischen Phishings weiter ausgebaut. Und wieder gehen Tausende auf die Stra-

ße, um dies zu verhindern. Es gibt sogar einen fünfminütigen Streik der DGB-Gewerkschaften, dieser Druck reicht allerdings nicht aus. Ohne Generalstreik wird der Wille des Volkes ignoriert.

Dass das sogenannte alte Denken der Adenauer-Zeit, der 50'er und 60'er Jahre nicht vorbei ist, beweist später Kohl u.a. damit, dass er mit dem US-Präsidenten Reagen in Bittburg bei den Gräbern von SS-Soldaten unter die Vergangenheit einen Strich zieht. Es kommt zur Legitimierung der Aussperrung von Streikenden und des Einsatzes von Streikbrechern. Der BGS übt schon mal neben Betrieben, die bestreikt werden, Häuserkampf.

Das also war die Bonner Republik: gegründet für Krieg, die Übernahme der DDR, Polens, der CSSR.

Zur Zeit der vorgezogenen Volkskammer-Wahlen 1990 in der DDR betrachteten die Monopole und ihre Organe die DDR bereits als ihr Eigentum. Alle Parteien des Westens schaufelten Millionen DM in die Manipulation der Massen, es wir tausendfach westdeutsches Parteivolk auf Großkundgebung gefahren, um zu suggerieren, die Menschen der DDR jubelten für eine Marktwirtschaft. In den Betrieben schauen sich die Westkapitalisten ungeniert um, so als gehörten sie schon Ihnen. Dem letzten Ministerpräsidenten der DDR erklärt Schäuble immer wieder: „Es geht nicht um die Vereinigung sondern um einen Anschluss.“

Kaum ist die DDR gefallen, da wird im Herbst 1990 im Bundestag schon über das Grundgesetz debattiert, um Auslandseinsätze der Bundeswehr zu ermöglichen. Die DDR wurde geschluckt und schon wird sich auf die ökonomische und politische Unterdrückung weitere Volkswirtschaften vorbereitet und das müsse eben robust geschehen, also mit

Krieg. Mit welchen Methoden da das westdeutsche Kapital vorgeht und wie ein gesamter Staatsapparat in Dienst gestellt wird und wie „demokratisch“ das vonstatten geht, können die Menschen gut beurteilen, wenn sie sich die Annexion der DDR ansehen.

Die Treuhand zerstörte alles an Betrieben und Forschungseinrichtungen, was die West-Kapitalisten nicht sofort gebrauchen konnten mit dem Ergebnis, dass heute 95% allen Eigentums nicht den Menschen, die in der annektierten DDR leben, gehört. Die Treuhand hinterließ von dem riesigen Volksvermögen der DDR einen Schuldenberg. Damit sich die Menschen nicht wehren, wurde 1990 sofort der BGS von damals 20.000 Bürgerkriegssoldaten, zuständig für 60 Millionen BRD-Einwohner, noch mal um 20.000 Beamte für 17 Millionen DDR-Bürger aufgestockt. Die NVA wurde ein-kassiert und alle mittleren und höheren Offiziere entlassen, die Generäle sowieso, denn dies Armee hatte nie einen Krieg geführt und ist nur auf Verteidigung ausgelegt und erzogen. Diese Armee hatte sich 1998 – 90 nicht in die Innenpolitik eingemischt, ja sogar in dieser Zeit Meuterei nicht scharf verfolgt. Offiziere einer solchen Armee sind für die BRD nicht zu gebrauchen. Bei der Deutschen Volkspolizei das gleiche. Als im Frühjahr 1990 den Polizeioffizieren und Generälen vom BKA die Methoden der Westorgane gezeigt wurden, wie diese gegen Atomkraftgegner, gegen Hausbesetzer gegen Flughafengegner usw. vorgehen, fragten die DDR-Organen, ob das denn rechtsstaatlich sei mit Panzern, massenhaft Tränengas, mit Hilfe von massivster Gewalt gegen Demokraten vor zu gehen. Als diese Methoden vom BKA verteidigt und gepriesen wurden, ja sogar die rechtsstaatliche Unbedenklichkeit erklärt wurde, war für



beide Seiten klar: Die DDR-Offiziere stellen viel zu viele demokratische Fragen, daher wurden sie erst gar nicht in den Westdienst übernommen. Das sogenannte Fußvolk, welches für tauglich erachtet wurde, wollte zum großen Teil auch nicht und quittierte zehntausendfach den Dienst. Bei der NVA wurden 85% entlassen, in der Bundeswehr nur 5%.

Der BGS bekam 1990 die Hoheit über alle sechs neue Bundesländer. Dies darf laut Grundgesetz nicht sein, da es gar keine Bundespolizei geben darf, aber für den Osten gelten ja nicht die Westgesetze. Die Bundeswehr wurde zuerst nur zu Friedenseinsätzen eingesetzt später zur Unterstützung von Kampfeinsätzen der UNO, abermals später als Besatzungstruppen und 1999 traute sich die größere gewordene BRD wieder Angriffskriege zu führen. Ihr erstes Opfer: Jugoslawien.

40 Jahre durfte die BRD keinen Krieg führen und keine 10 Jahre nachdem die DDR geschluckt ist, führt sie wieder Krieg.

Weil ein bisschen Krieg nicht reicht, um die Exportwirtschaft mit Rohstoffen und Märkten zu versorgen, müssen größere Krieg geführt werden. Die Mittel werden dem Volk geraubt und wenn es sich wehrt, wird ein Apparat installiert, um es nieder zu halten. Denn Krieg führen finden die Menschen in der BRD nicht so pralle und im Osten gibt es sogar immer wieder Solidarität mit den überfallenen Völkern.

Im Jahr 2007 fand ein Jugendkongress mit über 80 Jugendlichen statt: dabei stellten wir fest, dass die Regierenden eine Reihe von Maßnahmen getroffen haben, welche die Demokratie in diesem Land gefährden, deswegen sprechen wir vom Notstand der Republik. In der auf dem Kongress verabschiedeten Erklärung haben wir die wichtigsten Maßnahmen aufgezählt: „die verfassungswidrige Zentralisierung von Polizeien und Geheimdiensten, wie z.B. im Gemeinsamen Terrorismus Abwehrzentrum, den Einsatz der Bundeswehr im Inland, sowie die Militarisierung der Gesellschaft, speziell durch die flächendeckende Einführung des Heimatschutzes, durch den die Reservisten der Bundeswehr in sogenannten Verbindungskommandos organisiert werden und zahlreiche zivile Verbände und Hilfsorganisationen unter das Kommando der Bundeswehr gestellt werden und nicht zuletzt die Entrechtung großer Teile der Bevölkerung durch die Hartz-Gesetze.“ Wir zogen daraus folgenden Schluss: „Wir verurteilen sie, weil durch sie nicht nur der Krieg gegen das eigene, sondern vor allem auch der Krieg gegen andere Völker vorbereitet wird.“ Wir beschlossen, dieser Entwicklung unseren Widerstand entgegen zu stellen. Wir richteten den Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik ein, organisierten Demonstrationen, veranstalteten große Aktivistentreffen, führten einen Aktionstag in zwölf Städten durch und noch vieles mehr. Seitdem wir diesen Kampf begonnen haben, hat sich der Notstand der

Republik weiter verschärft. ABER (so schreiben wir in unserer zweiten Erklärung im Februar 2008): „Das ist für uns kein Grund zu verzagen, im Gegenteil: Das ist die direkte Aufforderung der BRD-Reaktion an uns, den Kampf gegen sie weiter zu führen und zu verbreitern! Jetzt erst recht! Ob Sozialdemokrat, Kommunist, Gewerkschafter oder Antifaschist, West oder Ost: Kampf dem Notstand der Republik!“ Der Notstand der Republik hat sich verschärft, die Lage des deutschen Imperialismus hat sich auch und vor allem durch die Weltwirtschaftskrise verschärft. Wurde noch vor ein paar Jahren vom Frieden gesprochen, der schon damals Krieg hieß, heißt es heute schon ganz offiziell Krieg – auch wenn ein Herr Köhler dafür den Hut nehmen musste. Krieg und nichts anderes sagt der gerade nicht-mehr Doktor, aber immer noch von und zu, Herr Kriegsminister Guttenberg und Krieg sagt die deutsche Öffentlichkeit! Und wenn gerade die Bundespolizei, das Bundeskriminalamt und Teile der Zollpolizei zusammengelegt werden, dann sagt die diesen Akt vorschlagende „Werthebach-Kommission“ auch Krieg, denn nur dafür macht es Sinn, die polizeilichen Strukturen so zu zentralisieren, dass dadurch eine Okkupationstruppe von Polizeisoldaten aufgebaut wird, die als paramilitärische Geheimpolizei mit dann 45.000 Mann (die Bundespolizei hat 40.000 unter Waffen, das BKA 5.500) nur gegen die Arbeiter und Völker für die Interessen des deutschen Imperialismus eingesetzt werden kann. Neu ist das nicht. Anfang 1939 begann der Aufbau des Reichssicherheitshauptamts, das beim Überfall auf Polen im September 1939 bereits installiert war. Auch dort zentralisierte der Staatsapparat seine Gliederungen wie das Reichskriminalamt, die Sicherheitspolizei und die Geheime Staatspolizei.

Weiter hat sich die Bundespolizei schon jetzt sämtliche Länderpolizeien untergeordnet. Nämlich jene im Einsatz gegen andere Völker. In den Auslandseinsätzen führt schon jetzt die Bundespolizei die Polizisten der Länder. Mit dem Aufbau eines Sicherheitshauptamtes wird die Bundespolizei die Polizeien der Länder entmachten, Schritt für Schritt. Der nächste Schritt besteht darin, den Organisationsaufbau der Bundespolizei so zu ändern, dass auf die Polizeien der Länder schneller und besser zugegriffen werden kann, um große Teile von ihnen durch die Bundespolizei zu okkupieren. Dazu schreibt die „Werthebach-Kommission“ (übrigens neben den üblichen Verdächtigen auch bestehend aus dem Vorsitzendem der Gewerkschaft der Polizei; und dem Fachbereichsleiter Bund/Länder von Verdi!) über die Bundespolizei und BKA:

„Danach sollten die Polizeien des Bundes in einem überschaubaren Zeitraum eine Struktur erhalten, wie sie der Aufbauorganisation der Länderpolizeibehörden der Länder entspricht. Die Bundespolizei (neu) erhielte eine kriminal- und eine schutzpolizeiliche Komponente.“



Noch mal was das heißt: Der Machtapparat wird durch diese Unter- und Einordnung der Länderpolizeien immens vergrößert. Hunderttausende Polizisten der Länder werden dann mit Waffen gerüstet, die sie als Länderpolizeien nicht besitzen und einsetzen dürfen. Dabei muss man weiter wissen, dass schon heute die Bundespolizei mit seinem Kooperationspartner THW in Griechenland und in einigen Staaten der ehemaligen Volksdemokratien Osteuropas stationiert ist.

Und auch Köln ist ein Hort der Kriegsvorbereitung, wie es in unserem aktuellen Flugblatt heißt: „Köln ist Karneval, Köln ist der FC Köln, Köln ist Kölsch, aber Köln ist auch Kriegsvorbereitung! Kölns Nähe zur ehemaligen Bundeshauptstadt Bonn bewirkte, dass hier ein bedeutender Teil des Gewaltenapparates der Bonner Republik angesiedelt wurde. Mit der Annexion der DDR durch die BRD im Zuge der sogenannten „friedlichen Wiedervereinigung“ wurde auch der BRD-Staatsapparat auf DDR-Gebiet installiert. Neben Bonn/Köln zentralisierte sich der neu geschaffene Staatsapparat v.a. in Berlin und Potsdam. Der Staatsumbau der letzten Jahre betrifft eine Vielzahl staatlicher Einrichtungen, die mehr oder weniger an den beschriebenen Rechtsbrüchen, der Einschränkung demokratischer Rechte und direkter oder indirekter Kriegsvorbereitung beteiligt sind. In Köln ist eine ganze Reihe dieser Organisationen ansässig, hier nur eine Auswahl

- Das Bundesverwaltungsamt ist die zentrale Datensammelstelle des Bundes, in der alle persönlichen Informationen über alle Bundesbürger und ausländischen Mitbürger zusammengetragen werden.

- Das Streitkräfteunterstützungskommando mit Sitz in Köln-Porz-Wahnheide koordiniert die Inlands- und Besatzungseinsätze der Bundeswehr.
- Der Militärische Abschirmdienst ist ein Geheimdienst, der Menschen im Inland wie im Ausland bespitzelt.
- Das Bundesamt für den Verfassungsschutz überwacht rechtswidrig auch Abgeordnete demokratischer Parteien und zehntausende Bürger, die nichts getan haben.
- Die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) hat eine äußerst unrühmliche Geschichte. Die Vorgängerorganisation des THW wurde nach dem Ersten Weltkrieg aus den Reihen der Freikorps zur Niederschlagung von Aufständen und zum Streikbruch geschaffen und von den deutschen Faschisten schließlich als Hilfsorgan der Besatzungstruppen eingesetzt, wo sie den Massenmördern zurarbeitete. Heute wird das THW wieder auf Streikbruch vorbereitet und arbeitet in z.T. paramilitärischer Weise mit der Bundeswehr zusammen.
- Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe ist eines jener Zentren, in denen Völkerrecht gebrochen wird. Hier wird das Trennungsgebot zwischen Polizeien und Geheimdiensten verletzt, das aus den Erfahrungen mit der Gestapo der Nazis erlassen wurde.
- In der Bezirksregierung Köln sitzt, wie seit 2004 in allen Kommunen, Bezirks- und Landesregierungen die Bundeswehr in Form des „Heimatschutzes“. Hier regiert das Militär in die zivile Verwaltung hinein und reißt sich die zivilen Katastrophenschutzstäbe unter den Nagel.“

Tilo

Die Kämpfe der Völker und die Kriegsgefahr

Oder: Was hat das mit dem Märchen von des Kaisers neuen Kleidern zu tun?

Wir haben gerade Bilder von den Kämpfen der Völker gesehen. Ihr kennt alle die Bilder aus Tunesien und Ägypten. Die Kämpfe der Menschen in all diesen Ländern haben unterschiedliche Losungen. Ihre konkreten Forderungen mögen sich unterscheiden. Sie unterscheiden sich in der sozialen Zusammensetzung, in den Klassen, die den Kern der Proteste bilden. Sie unterscheiden sich darin, wie gut die Protestierenden organisiert sind. Sie unterscheiden sich darin, wer die Führung dieser Proteste innehat und sie unterscheiden sich im Ergebnis ihrer Proteste.

Aber Eines zeigen sie gemeinsam. Für die ungeheure Mehrheit der Menschheit bringt das System keine Perspektive mehr. Immer weniger ist der Kapitalismus überhaupt noch in der Lage, die Menschen auszubeuten und den Reichtum der menschlichen Gesellschaft noch zu vermehren.

Eins an dieser Stelle nur zur Klarstellung: Libyen hatte ich vorher bewusst nicht in der Aufzählung erwähnt. Nicht alles was uns heute als Kämpfe der Völker präsentiert wird, sind tatsächlich solche. Gerade die Auseinandersetzungen in Libyen sind dahingehend genau zu untersuchen. Oder zu Beginn fortschrittliche Bewegungen können sich als solche in ihr blankes Gegenteil wandeln. Soweit erstmal dazu.

Kennt ihr eigentlich das Märchen von des Kaisers neuen Kleidern?

Der Kaiser wusste mit seinem vielen Geld nichts mehr anzufangen, als sich immer mehr und mehr und die neueste Mode zu kaufen. Eines Tages kam ein Schneider, ein kleiner Gauner der dem Kaiser den allerneuesten Stoff präsentierte den letzten Schrei, leicht wie eine Feder, luftig und etwas ganz Besonderes, weil ihn nur die klugen Leute wirklich sehen konnten. Alle Welt staunte über diesen besonderen Stoff und keiner wollte sich die Blöße geben, nicht zum Kreis der auserwählten Klugen zu gehören, schon gar nicht der Kaiser selbst. Er bezahlte dem Schneider ein Schweinegeld dafür, dass er ihm aus nichts Kleider schneiderte. Als er sich damit dem Volk präsentierte, gab es keinen, der sich wagte etwas zu sagen, bis auf ein kleines Kind das rief: „Aber der Kaiser ist ja nackt!“ Dann erst trauten sie sich alle ihn aus-

zulachen. Haben sie ihn mitsamt seines Hofstaates verjagt? Ich weiß es nicht mehr.

Die Revolten, die wir gerade erleben, sind eigentlich erstmal nur genau das, zu sagen: „Der Kaiser ist ja nackt!“

Nur wenige Wochen ungeführte, unorganisierte Revolten zwingen die Handvoll führender imperialistischer Länder dazu, ihre bisherigen Statthalter bzw. Handlanger in diesen Ländern fallen zu lassen und durch neue zu ersetzen. Wobei sie der Sache offensichtlich so wenig trauen, dass sie jetzt offen ihre Kriegsschiffe entsenden und Gewehr bei Fuß stehen, bei Bedarf auch selbst in diesen Ländern zu intervenieren.

Das, was in Griechenland zur Zeit passiert, ist schon mehr. Wird da schon begonnen, den Kaiser aus dem Land zu jagen? Na, zumindest gibt es dort schon einen offensichtlichen Unterschied, die gut organisierten, klassenbewussten, kämpfenden Werktätigen unter der Führung der kommunistischen Partei.

Aber diese Unterschiede im Kampf dürfen uns nicht erstaunen. Ist es doch die planlose und damit ungleichmäßige Entwicklung des Kapitalismus selbst, ist es doch die Unterdrückung und Ausbeutung der Masse der Völker durch eine Handvoll „zivilisierter“ führender kapitalistischer Länder, die teilweise jahrzehntelang jegliche selbst nur bürgerliche Entwicklung verhinderte.

Es sind auch die unterschiedlichen Kampferfahrungen der Völker. Aber alle diese Kämpfe zusammen erschüttern die weltweite Herrschaft des Imperialismus und leisten ihren Beitrag für eine, unsere, bessere Zukunft, die keine kapitalistische, die nur noch eine sozialistische sein kann.

„Der Kaiser ist ja nackt“.

Der Kapitalismus ist ja nackt. Und auch dem deutschen Imperialismus wird da kein Sparpaket, kein Diktat gegen die Völker Europas helfen.

Was meine ich, wenn ich vom Sparpaket oder vom Diktat gegen die Völker Europas rede?

Beim letzten Aktivistentreffen haben wir dazu schon intensiv gearbeitet. Deshalb nur kurz:



Das eigentliche Problem wissen wir bereits: Die allgemeine Krise des Kapitalismus, die sich in der derzeitigen Weltwirtschaftskrise zuspitzt und deutlicher zeigt: Es gibt einen unlösbaren Grundwiderspruch im Kapitalismus zwischen einer Produktion, die von der ganzen Gesellschaft geleistet wird und der privaten Aneignung des Profits, zwischen der Notwendigkeit für die Kapitalisten die Produktion, wollen sie den Maximalprofit, unbegrenzt auszuweiten und der Grenze, die darin besteht, dass es Menschen geben müsste, die die Waren, die dafür auf den Markt geschwemmt werden, auch alle kaufen müssten. Diese Menschen mit unbegrenzter Konsumtionskraft gibt es nicht und gibt es immer weniger, je stärker die Ausbeutung zunimmt und je mehr Menschen gar nicht mehr ausgebeutet werden, sondern hinten runter fallen.

Dieser aus den Arbeitern gepresste Wert wird immer weniger zu neuen Produktionsmitteln, zur Ausweitung der Produktion, zu neuem produktivem Reichtum der Gesellschaft gemacht, was ja eigentlich der Grundanspruch des Kapitalismus war. Wenn wir, die Gesellschaft, die arbeitende Bevölkerung darüber verfügen könnten, wir wüssten was damit anzufangen, das ist nicht die Frage: An allen Ecken und Enden dieser Gesellschaft, zur Verbesserung unseres Lebens und zum Aufbau einer Zukunft könnten wir es brauchen. Aber darüber verfügen, könnten wir nur im Sozialismus.

Im Kapitalismus gehört es den Kapitalisten und die müssen bei Strafe ihres Unterganges daraus mehr Geld, mehr Profit machen. Das Kapital wird also zum Kredit, nicht auf künftige Produktion, sondern auf künftige Konsumtion. Kredit, der in diesem eben genannten Grundwiderspruch des Kapitalismus nie wieder reinkommt, sondern zu einer immer größeren Aufhäufung von Schulden durch die Schuldner führt.

Und gerade in den letzten Jahren zeigte sich die Grenze: Weder die Mehrwertauspressung in der Produktion noch die Auspressung der Völkern (in Form von Steuern und anderen Abgaben) reicht aus, um den dadurch gewonnenen Reichtum noch weiter zu vermehren. Immer neue Formen werden „erdacht“, Kreditgeld zu schaffen, um den alten Kredit zu verzinsen. Das, so wird uns erzählt, wäre der Grund der Krise, wenn dieser Irrsinn, diese „Spekulation“ aufhören würde durch „eine Regulierung der Finanzmärkte“, dann gäbe es auch keine Krise. Nein! Es ist die allgemeine Krise des Kapitalismus, der gar nicht anders kann, sogar wenn er vielleicht wollte.

Und heute sind dies vor allem Kredite an ganze Länder, die Zahlungsunfähigkeit dieser Länder, der momentane Grund der Verschärfung und gefährlichen Zuspitzung der Krise. Oder anders gesagt: Hier zeigt diese Weltwirtschaftskrise auf, dass dieses System eben nicht mehr funktionieren kann, dass es am absoluten Ende ist.

Ein wachsender Anteil der Bankkredite sind Kredite an Staaten, Kredite, die Volkswirtschaften bei Banken aufneh-

men auf künftige Staatseinnahmen, die wiederum nur beim Volk eingetrieben werden können: Durch Steuern, durch Verkauf von gesellschaftlichem Reichtum bzw. Infrastruktur (heißt Krankenhäuser, Schulen, Transportwesen, Wasser, Strom usw.), durch Erhöhung der Ausbeutung der gesamten Gesellschaft z.B. durch eine Erhöhung des Renteneintrittsalters, durch Verringerung der Sozialleistungen, durch eine Zerschlagung jeglichen staatlichen Gesundheitssystems usw.. Es ist das, was sich die Völker in jahrzehntelangem Kampf aufgebaut haben, was ihnen damit genommen wird.

Diese Staatsschuld ist Problem aller imperialistischen und kapitalistischen Staaten. Sie alle haben in den letzten Jahrzehnten eine gigantische Staatsschuld angehäuft.

Es gibt zwei Möglichkeiten für die Staaten bzw. für die nationalen Bourgeoisien da heraus zu kommen: 1. Tilgung der Schulden 2. Inflation. Die dritte Möglichkeit, nämlich die Nichtbezahlung haben sie eigentlich nicht - nur unter größter Gefahr eines Kriegs der alten Imperialisten gegen sie zur Schuldeneintreibung. Dies hätten nur die Völker selbst, und nur nach einem revolutionären Umsturz, nach Beginn des Aufbaus des Sozialismus, wie z.B. in der Sowjetunion nach der Oktoberrevolution. Und Recht hätten sie, denn es sind nicht ihre Schulden.

Ok, diese Staatsschuld ist ja nichts Neues, was macht sie denn gerade jetzt zu einem Problem?

Jetzt in der Krise droht der finanzielle Zusammenbruch ganzer Länder. Aber warum? Weil gerade jetzt in der Krise bei den Schuldeneintreibern, den Banken, die Angst herum geht, dass die hoch verschuldeten Länder ihre Schulden nicht mehr in realen Werten zurückzahlen können. Das betrifft v.a. die kleineren kapitalistischen Länder, deren Industriekapazitäten der Konkurrenz der großen Monopole der Imperialisten in den letzten Jahren meist nicht standgehalten haben. V.a. in Europa hat hier die Einführung des Euros ein wahres Zerstörungswerk vollbracht. Gewonnen haben die großen imperialistischen Staaten, allen voran der deutsche. Also diejenigen Staaten, bei denen auch v.a. Diese Kleinen verschuldet sind. Die Angst der Banken, dass diese Staaten ihre Schulden nicht mehr zurückzahlen können, ist berechtigt. Nach Jahren der Ausplünderung dieser Länder, nach Jahren des Verkaufs von Staatseigentum und Schleifen der Fabriken gibt es nichts mehr, was sich noch verschleudern ließe. Diese Länder haben meist noch nicht einmal selbst Kreditforderungen an das Ausland, die sie jetzt eintreiben könnten.

Die Angst geht herum, dass diese Länder den anderen Ausweg suchen könnten, den Austritt aus dem Euro-Raum und damit eine Möglichkeit der „Selbstregulierung“ durch Inflation. Dann würden die Banken ihre Kredite erst recht nicht wieder bekommen. Deswegen kamen im letzten Jahr diese Spardiktate, oder auch „Euro-Stabilisierungspakt“ genannt,

was nichts anderes als ein Ausplünderungspaket gegenüber den europäischen Völkern ist. Also wieder Kreditgarantien durch die EU-Länder, die wieder im Zweifelsfall durch neue Kreditaufnahmen abgedeckt werden. Eine Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiter, auf die Völker. Denn eine Eintreibung der Schulden geht nur auf ihre Kosten.

Eine bedeutende Rolle hier spielt der deutsche Imperialismus, bei dem diese Länder zumeist verschuldet sind. Die Kredite an Griechenland, Irland, Portugal und Spanien von 2,28 Billionen Dollar waren zu einem Viertel bei den deutschen Banken (513 Mrd.) (FAZ 13.12.2010). An die Staaten des Euro-Raums haben die deutschen Banken über eine Billion (1298,4 Mrd) Euro verliehen (Deutsche Bundesbank, Zahlungsbilanzstatistik April 2010). Zusätzlich stehen nationale Notenbanken bei der deutschen Bundesbank mit über 300 Mrd. Euro in der Kreide (SZ 22.02.2011).

Der deutsche Imperialismus ist damit in einer wesentlich schlechteren Lage als z.B. der US-amerikanische Imperialismus. Die USA hat einen riesigen Binnenmarkt und eine militärische Stärke, die es ihr erlaubt, sich gegenüber anderen Ländern zu verschulden, ohne dass diese die Möglichkeit hätten, ihre Schulden einzutreiben. Also schlichtweg offener Raub. Nach dem Motto: Machen wir Schulden auf Kosten der Völker und produzieren für den Binnenmarkt.

Die BRD hat nur einen kleinen Binnenmarkt, ist auf den Export in andere Länder angewiesen. Andere Länder sind beim deutschen Imperialismus verschuldet. Um diese Schulden einzutreiben, braucht er die Ausplünderungspakete. Ja, er profitiert am meisten davon. Eine sehr kurzfristige Sichtweise, denn in Zukunft wird sich durch die Verarmung der Völker die Konsumtion dort immer weiter einschränken, also auch seine Exportmöglichkeiten.

Wenn eine Rückzahlung der Kredite nicht möglich ist, wird schon jetzt „großzügig“ von deutschen Politikern wie Schäuble über eine Senkung der Zinsen nachgedacht. Natürlich nur wenn der Preis stimmt. Der Preis, den sie meinen, wäre die Abtretung der Kontrolle über ihr Finanzbudget bis zu eben der Abtretung von „Naturalwerten“. Hatte nicht auch ein CDU-Politiker mal philosophiert, die Griechen könnten ja, wenn es nicht anders geht, auch mal eine ihrer vielen Inseln abtreten? Das heißt: Hier wird die politische Unterwerfung gefordert.

Einig sind sich die Vertreter der herrschenden Klasse hierzulande nicht, ob das der richtige Weg wäre: Der Chefredakteur des Handelsblattes unter der Überschrift „Versailles ohne Krieg“:

„Die deutsche Regierung [...] versucht, die am Boden liegenden Schuldenstaaten noch tiefer nach unten zu zwingen [...]. Wir können daran weiter unser Mütchen kühlen. Aber Schadenfreude begründet kein deutsches Interesse. Unsere Interessen- die Rückzahlung der Schulden, die Stabilität der Banken und der Erhalt der Euro-Zone- werden wir so

niemals durchsetzen... Wer die Schuldenstaaten zum Protektorat erklärt, wird Unfrieden ernten. Die Schulden von Griechen und Iren sind groß, aber ihr Stolz ist größer.“

Doch tatsächlich geht es nicht nur um Stolz, sondern immer mehr ums nackte Überleben der Menschen in diesen Ländern.

Zum Beispiel Griechenland. Hier gab es u.a. folgende für die Bevölkerung einschneidenden Veränderungen:

- Senkung der staatlichen Renten um 30 bis 50 Prozent
- Erhöhung der Mehrwertsteuer von 19 auf 23 Prozent
- Renteneintrittsalter für Frauen auf 65 Jahre angehoben
- Wer besonders anstrengende Arbeit verrichtet, soll frühestens mit 60 statt bislang mit 55 in den Ruhestand gehen dürfen.
- Lockerung des Kündigungsschutzes für die Privatwirtschaft. Gegenwärtig dürfen Firmen nicht mehr als zwei Prozent ihrer Beschäftigten pro Monat entlassen.
- Bereits jetzt hat die Mehrzahl der Griechen große Mühe, über die Runden zu kommen. Jeder Dritte lebt unterhalb der Armutsgrenze von 470 Euro, die Durchschnittsrente beträgt lediglich 500 Euro – und das bei ähnlichen Preisen wie in Deutschland.
- Arbeitslosigkeit so hoch wie noch nie seit Beginn der Arbeitslosenstatistik (Mai 2010 602185), Jugendarbeitslosigkeit seit 2000 um 11% gestiegen, von den 15 bis 24-jährigen ist fast jeder Dritte arbeitslos
- Würden alle ausländischen Banken ihre Schulden bei jedem einzelnen griechischen Bürger zurückverlangen, müsste jeder Grieche 236000 Euro an sie abführen.
- Beispiel des Handelsblattes (1.11.2010) was das für Griechenland bedeuten würde: „13% des Sozialprodukts sollen die Griechen bis 2014 einsparen. Das wäre, wenn es gelänge, die größte Sparleistung, die je ein Staat in Friedenszeiten vollbracht hätte. Übersetzt auf unsere deutschen Verhältnisse würde das bedeuten: Abschaffung des Kindergeldes, Auflösung der Bundeswehr, Zurückfahren des Bundeszuschusses für die Sozialversicherung auf null bei gleichzeitiger Verdoppelung der Lohnsteuer“.

Letztendlich kann aber kein Spardiktat dieser Welt die allgemeine Krise des Kapitalismus verhindern:

Nur schneller verschärfen sich die Widersprüche zwischen den Imperialisten im Kampf um die Neuaufteilung der Welt. Und wenn wir ihnen nicht schleunigst das Handwerk legen, werden sie ihren Ausweg, ihre Lösung der Krise suchen: Die militärische Neuaufteilung, den Weltkrieg.

Aber es verschärfen sich auch die Widersprüche zwischen den unterdrückten und abhängigen Völkern zu ihren Unterdrückern schneller.

Vergesst nicht: Der Kaiser ist nackt! Höchste Zeit ihn aus dem Land zu jagen!
Anita und Paul

Militarismus und Antimilitarismus



Liebe Freunde, liebe Genossen, aus den vorangegangenen Referaten sind zwei Fakten unumstößlich klar geworden: die anarchische, kapitalistische Produktionsweise, die zur Überproduktion führt, bedeutet zwangsläufig eine erbitterte Konkurrenz unter den Kapitalisten, die irgendwie gelöst werden muss. Einfachste Lösung, das zeigt die Geschichte, ist der Krieg. Zum anderen ist klar geworden, dass der deutsche Imperialismus einer der aggressivsten ist und derzeit alles daran setzt, als Gewinner aus der Krise zu kommen und gefährdet dabei wieder einmal den Frieden. Unsere Antwort darauf, das haben wir heute Vormittag demonstriert, ist: „Unsere Zukunft ist nicht Krise, Krieg und Barbarei!“, „Für eure Pläne sind wir nicht zu haben!“

Ihre Pläne, das ist die Militarisierung der Gesellschaft, die Vorbereitung des deutschen Volkes auf einen Krieg.

Auf der Tagesordnung, dringlicher denn je, steht die Frage „Wer wen?“. Gelingt es dieses Mal, dass revolutionäre Jugendliche, fortschrittliche Arbeiter vereint ihren Hauptfeind erkennen und schlagen können und endlich an der Seite der Aufständischen, Streikenden und Demonstranten der europäischen Länder und der Welt gegen die Kriegsgefahr kämpfen. Oder lassen wir uns erneut einlullen von Nationalismus, Geschichtsrevisionismus und Chauvinismus und lassen den Kriegstreibern, Kapitalisten und Imperialisten freien Lauf? Die oder wir!

Die Herrschenden dieses Landes sind auf diese Frage bestens vorbereitet. Der Staatsumbau ist weitestgehend abgeschlossen: Der Heimatschutz ist installiert, erprobt und einsatzbereit. Das flächendeckende Netz aus Soldaten der Reserve haben die Kontrolle über zivilen Katastrophenschutz

und den Einfluss auf die zivilen Angelegenheiten der föderalen Verwaltungsebenen übernommen und vor allem stehen sie in direktem Kontakt zu den Hilfsorganisationen, zum THW, Deutschen Roten Kreuz etc. und haben im Einsatzfall die Befehlsgewalt über deren ehrenamtliche Mitglieder.

Deutschland rüstet sich für den Krieg. Alle reden vom Doktor oder Nicht-Doktor zu Gutenberg, was sich aber innerhalb seines Ministeriums abspielt, bleibt weitestgehend unbehelligt. Zum einen die Strukturreform der Bundeswehr: Die Aussetzung der Wehrpflicht und die Einrichtung einer deutschen Berufsarmee. Bei unserem letzten Aktivistentreffen gegen den Notstand der Republik in Hamburg haben wir bereits feststellen müssen: „Eine Berufsarmee ist neben dem, dass sie die weltweite Kriegsgefahr enorm verstärkt, auch gefährlich für jede demokratische, fortschrittliche Bewegung in diesem Land. Die Bundeswehr soll gegen uns eingesetzt werden, das ist nicht Neues. Sie wird es verstärkt, wenn sich die Kriege gegen andere Länder häufen und der Widerstand wächst. Bisher waren auch Menschen wie du und ich Teil der Arme – weil ja jeder zur Bundeswehr musste. Künftig werden wir es mit patriotischen Kampfmaschinen zu tun bekommen. Die lassen sich viel schwerer im Gefecht überreden doch die Gewehre um zu drehen und auf die eigentlichen Feinde zu schießen. Das werden nicht nur wir hier zu spüren bekommen, sondern auch jedes andere Volk, das es mit dieser Armee aufnehmen muss. Von angeblichen Sparzielen lassen wir uns nicht täuschen. Dieser Umbau ist eine große Gefahr für unseren Kampf gegen dieses System.“

Aber nicht nur mit den Plänen zur Umstrukturierung der Bundeswehr müssen wir uns befassen, darüber hinaus liegt

auf dem Tablett ein Gesetzesentwurf, der in Zeiten der ausgesetzten Wehrpflicht den Zivildienst regeln soll. Vor zwei Tagen hat die erste Lesung des Bundesfreiwilligendienstgesetz – BFDG – im Bundestag stattgefunden. Durch alle Lager sah sich kein einziger Abgeordneter zu großartiger Kritik veranlasst, doch es dazu gäbe es gute Gründe: Der Bundesfreiwilligendienst sieht im Gegensatz zum früheren Zivildienst 35.000 Stellen für in der Regel 12 Monate vor, die von Jungen, wie Mädchen, jung und alt, besetzt werden können. Eine Ableistung ist mehrmals möglich. So weit, so gut, die Aussetzung der Wehrpflicht wird dazu genutzt, die Zivildienst-Stellen enorm auszuweiten und das Angebot von billigen Arbeitskräften enorm zu vergrößern. Darüber hinaus ist aber im Gesetz davon die Rede, dass Ausländer ebenso zu diesem Dienst zugelassen sind, im Gegenzug gibt es eine begrenzte Aufenthaltsgenehmigung – ein Stückchen Papier, für das viele rassistisch ausgegrenzte und rechtlose Menschen in diesem Land für einen mickrigen Lohn Arbeiten verrichten, um wenigstens für die Zeit des Dienstes keine Angst vor Abschiebung haben zu müssen. Die Frage, ob ALG-II-Empfänger zum Bundesfreiwilligendienst mittels drohender Mittelkürzung gezwungen werden können, d.h. ob der BFD darüber hinaus eine weitere Waffe der Arbeitstäter gegen das Heer der Arbeitslosengeld-Bezieher wird, ist bisher ungeklärt. Fest steht aber, die Umstrukturierung der Bundeswehr wird genutzt, um nebenbei eine Menge billiger Arbeitskräfte übers Land zu schwemmen.

Doch auch die massiven Werbeeinsätze der Bundeswehr um neues Kanonenfutter zeigen natürlich, was die Herrschenden planen. Gerade in Zeiten der Aussetzung des Wehrdienstes trägt es eine besondere Brisanz in sich. Wir alle wissen um die vielen Taktiken, wie die Bundeswehr in Schulen, Universitäten und sogar bei Vorschulkindern die Bundeswehr als normalen Arbeitgeber verkauft und für eine Verpflichtung in der Armee Ausbildungen, Führerscheine, eigene Wohnungen etc. springen lässt.

Doch wofür das alles? Auf unserer heutigen Demonstration haben wir klar gesagt, das, was die BRD sowohl nach Innen, wie nach Außen tut, ist Kriegsvorbereitung. Die Spar-Diktate, die das deutsche Kapital mittels der EU krisengeschüttelten europäischen Ländern aufdrängt, um den eigenen Profit auf verstärkter Ausbeutung der Menschen dieser Länder aufrecht zu erhalten, die immer offener ausgesprochene Haltung, Krieg sei ein durchaus probates Mittel, um die Wirtschaft wieder anzuhebeln und deutsche Wirtschaftsinteressen zu verteidigen, das ist Kriegsvorbereitung. Und auch die Militarisierung der Gesellschaft, die Erschließung von allem und jedem, das mobilisierbar ist für den Krieg, in der Armee oder an der Heimatfront, ist Kriegsvorbereitung.

Hierin zeigt sich der deutsche Militarismus – sowohl nach Innen wie nach Außen. Denn dies sind zwei Seiten einer Medaille: Je drohender die Regierungen gegeneinander mit den Säbeln rasseln, desto rücksichtsloser unterdrücken sie die antimilitaristischen Bewegungen im eigenen Land. Je enger es auf dem Weltmarkt wird, je bedrohter das deutsche Export-Wunder ist, desto drastischer werden die Mittel. Je aggressiver der Ton in der Außenpolitik ist, desto notwendiger ist es, dass das deutsche Volk die Füße still hält und nicht erkennt, dass es die einzige Kraft ist, die dem deutschen Großmachtstreben ein Ende bereiten kann, wenn es die erneute Notwendigkeit einer Anti-Hitler-Koalition verhindern will.

So viel zu ihren Plänen. Doch die Frage „Die oder Wir?“ ist noch nicht entschieden. Denn wir haben dem einiges entgegen zu setzen! Auf einem Transparent einer vergangenen Aktion des Jugendaktionsausschusses war zu lesen: Wir werden nicht gegen andere Völker in den Krieg ziehen! Doch was heißt das? Das heißt, dass jedem klar sein muss und vor allem unter der Jugend verbreitet werden muss, in wessen Interesse deutsche Kriege geführt werden. In diesen Kriegen – sowohl in den vergangenen, als auch in den zukünftigen – gab es für die Jugend nichts zu gewinnen. Es ist also notwendig das Wissen darum, wer diejenigen sein werden, die sich den Stahlhelm aufsetzen und an die Front ziehen müssen. Und das Wissen darum, wer daran verdient. Doch das alleine reicht nicht. Genauso notwendig ist der unumstößliche Wille der deutschen Jugend, niemals gegen Ihresgleichen – seien sie aus Jugoslawien, Afghanistan, Bosnien-Herzegowina, Somalia, Libanon oder sonst woher – niemals, gegen Ihresgleichen die Waffe zu erheben. Das hört sich einfacher an als es ist, denn dazu ist notwendig gegen jede rassistische Parole, gegen jedes nationalistische Gewäsch resistent zu sein. Schon zu oft ist es gelungen hinter „Verteidigungs-Krieg“, „humanitären Einsätzen“ und der „Vaterlands-Verteidigung“ der Burgfrieden-Deutschen den wahren Charakter der kriegerischen Auseinandersetzung zu verschleiern. Die Fronten, die sich gegen er stehen, sind nicht die Armeen zweier Nationen, sondern auf der einen Seite die, die den Krieg vom Zaun brechen und die Befehle geben und auf der anderen Seite die, die nur verlieren können, weil sie mit Leib und Leben die falschen Interessen verteidigen. Doch wer dies einmal erkannt hat, wie sollte der noch aufzuhalten sein, wie sollte sich der noch vom Vaterland und deutscher Blut-und-Boden-Ideologie verführen lassen können.

Das, liebe Freunde und Genossen, ist das einzige, was wir in der Hand haben, das einzige, was wir auf „Die oder wir?“ antworten können.

Lisa

Zeitzeugenbericht über den Kampf innerhalb der Bundeswehr

Schütze Hirdes! Ich war antimilitaristischer Soldat bei der Bundeswehr und bin zur Bundeswehr gegangen, um Zersetzungsarbeit zu machen. Ich bin Mitglied im Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD und arbeitsloser Industriearbeiter.

Ich möchte euch aus den Erfahrungen des antimilitaristischen Kampfes der 1970er und 80er Jahren berichten. Damals sprachen sehr viele Menschen vom Frieden und wollten Frieden haben. Aber Frieden zu wollen und gegen den Krieg zu sein sind meiner Meinung nach zwei unterschiedliche Sachen.

Ein Beispiel aus Köln: Vor 93 Jahren wurden in Köln-Wahn, wo heute das Streitkräfteunterstützungskommando der Bundeswehr ist, zwei Antimilitaristen hingerichtet, weil sie sich gegen den Krieg stellten, weil sie sich gegen die Zustände in der kaiserlichen Armee stellten. Max Reichpietsch und Albin Köbis sprachen nicht einfach vom Frieden, sondern sagten, dass dieser Krieg sofort beendet werden muss.

In den 1970er und 80er Jahren gab es eine Bewegung, die es im Grunde auch heute noch gibt: Die Friedensbewegung. Sie spricht davon, dass der Frieden um alles in der Welt erhalten werden muss. Sie spricht davon, dass der Frieden in großem Maße abhängig ist von der Technik, der Physik, von der Atombombe. Es sei alles zu unternehmen, so wie es Chruschtschow einmal ausdrückte, die Gefahr der Atombombe zu bannen. Diese betreffe jeden von uns über das Parteibuch, über die Frage der Klassenzugehörigkeit hinweg. Aber was heißt das für unseren antimilitaristischen Kampf?

Es ist eine schwierige Situation, wenn du in den Uniformrock des deutschen Militarismus gesteckt wurdest. Wie verhältst du dich, wenn dir von Seiten des deutschen Imperialismus beispielsweise gesagt wird, wir müssten Krieg gegen den Iran führen? Damals plante der US-Imperialismus einen Landungsversuch im Iran, als ihr Stadthalter, der Schah entmachtet wurde. Und sie brachte ihre Botschaftsangestellten aus Teheran mit Schiffen in Sicherheit. Und wie der Zufall es wollte, wurde nach dem Zusammenstoß zweier deutscher Marine-Fregatten auch die militärische Aktivität des deutschen Imperialismus publik. Da stellten sich viele plötzlich die Frage „Was haben die da unten verloren? Wie kann es sein, dass die deutsche Marine da unten rum kurvt?“

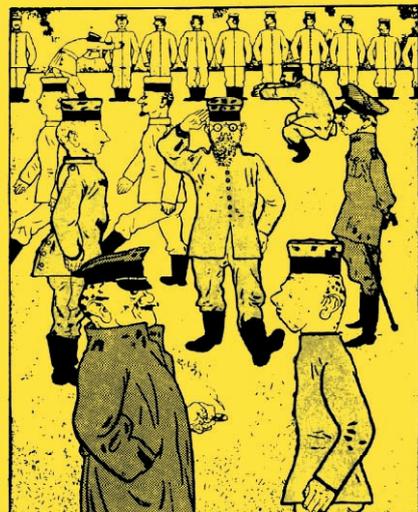
In dieser Situation fragten sich die Arbeiter, die Angestellten, die Studenten und diejenigen, die beim Militär waren und nicht dafür waren, in einen Krieg zu marschieren, der nur auf dem Rücken der Völker ausgetragen wird, wie sie sich verhalten sollten. Für Letztere gab es die Möglichkeit, stifteten zu gehen, die Kaserne zu verlassen, zum Deserteur zu werden oder nachträglich zu verweigern. Was also tun?

Die Erfahrungen der Arbeiterbewegung zeigen uns, dass wir nur dann weiterkommen, wenn wir organisiert vorgehen. Aus dem Versuch, die richtige Antwort zu finden, ist damals die Erklärung „Für den Frieden, gegen den Krieg!“ von Soldaten und Reservisten der Bundeswehr verfasst worden.

Diese Erklärung „Für den Frieden, gegen den Krieg!“ wurde 1981 herausgegeben und als Erstunterzeichner von 86 Soldaten und Reservisten der Bundeswehr unterschiedlicher Rangordnung vom Schützen, über den Grenadier und Gefreiten bis hin zum Offizier unterschrieben. Der Soldatenaufwurf, wie er später bezeichnet wurde, wurde in einer Auflage von über 100.000 Exemplaren verbreitet und nicht nur vor den Kasernen verteilt, sondern auch vor Fabriken, insbesondere von Rüstungsbetrieben. Er wurde in die Schulen und an viele weitere Orte getragen.

Anfänglich versuchte die Bundeswehr mit drakonischen Strafen gegen den Aufruf und seine Unterstützer und Verbreiter vorzugehen, um sie mundtot zu machen. Aber ihr kennt sicherlich den Effekt „Je härter man drauf schlägt, umso schlimmer wird der Rückstoß“. So wurde mit jeder Strafe, die gegen Soldaten verhängt wurde, klarer, dass die

***Ich verweigere
den Gehorsam!***



Wir Deutsche sind zum Gehorchen auf der Welt!

**Als Antimilitarist in der
Bundeswehr**

Soldaten sich wehrten und feststellten, dass sie sich organisieren müssen. Der Soldatenaufruf erreichte eine immer breitere Öffentlichkeit, weil seine Unterstützer nicht am Kasernentor halt machten. Die Devise lautete: „Nicht im Betrieb und nicht beim Bund halten wir den Mund!“ Und die Bundeswehr musste feststellen, dass sie mit diesen Soldaten, die ihr Maul aufmachten, auf anderer Ebene fertig werden musste. Weil sie allein dazu nicht in der Lage war, gab sie die Angelegenheit an eine andere Abteilung des Staatsapparates weiter.

Die Exekutive sollte den inneren Feind aufspüren und seiner habhaft werden. Dazu fanden bundesweit Wohnungsdurchsuchungen und Befragungen durch die Polizei statt. Und schließlich kam es 1982/83 zur Anklageerhebung. Die Anklageschrift, die unter anderem die Vorwürfe der Meuterei und des Aufrufs zur Wehrkraftersetzung enthielt, musste jedoch zurückgezogen werden, nachdem der Protest zu groß geworden war.

Etwa ein Jahr danach wurde eine zweite, besser vorbereitete Anklageschrift vorgelegt und die Staatsschutzkammer in Koblenz, also das höchste politische Gericht der damaligen Zeit, nahm sich des Falles an. Angeklagt wurde der für den Aufruf presserechtlich verantwortliche Stabsarzt der Reserve Carl Christian Ebell. Er sollte vor Gericht gezerrt werden, weil er verantwortlich für folgenden Aufruf zeichnete:

„Wir marschieren nicht für Kapitalinteressen in einen Krieg, der nur auf dem Rücken der Werktätigen geführt wird.

Wir wissen: jedes Mal wenn der Bundeskanzler Solidarität und Bündnistreue zu der aggressiven Politik der USA-Regierung gelobt, wird unser Land näher an den Kriegsabgrund geführt.

Wir wissen: jede Stärkung der Kriegsinteressen der NATO erleichtert Strauß und seiner Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlandes den Sieg.

Wir wissen: Krieg ist kein Naturgesetz, dieser Krieg ist verhinderbar.

Wir wollen dem iranischen Volk keinen neuen Schah verschaffen.

Wir wollen kein neues 1914 und keine innere Kräfteverschiebung wie 1933.

Wir wenden uns gegen jede Form der Kriegshetze und aggressiven Kriegspolitik.

Wir wenden uns gegen den Mittelstreckenraketenbeschluß der NATO und die sogenannte Nachrüstung. Wird mit Alarm die Marschbereitschaft für den Krieg befohlen,

marschieren wir nach Bann. Tapfer ist nicht derjenige, der sich blindlings in den Krieg treiben läßt, sondern derjenige, der sich einer gefährlichen Entwicklung entgegenstemmt. Lieber ein Jahr Bau als ein Tag Iran!

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“

Damals sagten sich Teile der Friedensbewegung, dass die Bedrohung durch Atomraketen so gravierend sei, dass wir alle, egal ob rot, grün oder schwarz vom Atomtod bedroht seien. Deren oberstes Gebot lautete, den Kampf gegen den Atomtod zu führen. Die friedliche Koexistenz, also alles dafür zu tun, dass es nicht zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung mit dem Mittel der Atombombe kommt, war das Maß aller Dinge. Diese Haltung führte dazu, dass man sich mit allen gesellschaftlichen Kräften auf Bündnisse einließ. So etwa mit einem gewissen Alfred Mechttersheimer. Dieser war bedeutender Stratege und führender Kopf der Friedensbewegung, der sich gegen landgestützte Atomraketen aussprach und stattdessen – wie auch Franz-Joseph Strauß – seegestützte Atomraketen forderte.

In einem Referat wurde heute schon die Demonstration in Bonn angesprochen, zu der 100.000 Menschen kamen.

Als 1999 der Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien begann, kam auf Phoenix ein Filmbericht, der Reden von dieser großen Kundgebung in Bonn zeigte. Damals sagten unterschiedliche Personen, die jetzt Abgeordnete verschiedener Parteien sind: „Wir lassen uns in keinen Krieg mit der USA an der Spitze treiben“. Ihnen wurde zugejubelt.

Und ihnen wurde auch zugejubelt, als später die Bundesrepublik Jugoslawien überfallen wurde. Hier zeigt sich die herrschende Intention des Friedens. Was die Herrschenden anstreben ist nicht „Nieder mit dem Krieg, nieder mit der Regierung!“, sondern „Wenn wir schon Krieg führen, was uns eigentlich gar nicht so gut gefällt, dann müssen wir entsprechend profitieren, dann muss es unser Krieg sein. Über unsere ureigensten Kriege entscheiden wir selbst.“

Wir hatten damals als Soldaten insbesondere diese Auseinandersetzung zu führen. Wir hatten teilweise das Gefühl, dass unsere schärfsten Gegner nicht unser Kasernenkommandant oder unser Feldwebel waren, sondern andere Menschen, die uns sagten „Wenn ihr bei der Bundeswehr seid, dann seid ihr aber keine friedvollen Menschen. Die Bundeswehr gibt es – da kann man nichts machen, aber ihr Soldaten habt die Möglichkeit, zu verweigern, das ist die beste Lösung“. Manche von uns, die bei der Bundeswehr waren und den Soldatenaufruf unterzeichnet hatten, sind zur Bundeswehr gekommen, weil sie schlicht und ergreifend eingezogen worden sind. Nur ein paar wenige waren bei der Bundeswehr, weil sie den politischen Anspruch hatten, den Franz-Joseph Degenhardt in einem seiner Gedichte zum Ausdruck gebracht hatte. Ich gebe diesen hier sinngemäß wieder: „Wenn du die Kraft dazu hast, dann geh in die Armee und leiste dort deine wichtige Arbeit.“

Der Soldatenprozess gegen Carl Christian Ebell stand also an. Umso schärfer der Soldatenaufruf angegriffen wurde, umso stärker arbeiteten wir mit ihm und er wurde von sehr vielen Menschen unterstützt. Es stand die Frage an, was wir Soldaten, die gesagt hatten, dass wir uns gegen

den Krieg stellen, jetzt tun sollten. Wir stellten uns hinter Carl Christian Ebell und zeigten uns selbst an. In welcher Form? Indem wir der Staatsschutzkammer in Koblenz einen Brief schickten? Nein. So wie wir es im Uniformrock gelernt hatten, beschlossen wir, zu dieser Staatsschutzkammer zu marschieren und zu erklären, dass wir kein Stück von der Erklärung „Für den Frieden, gegen den Krieg“ abweichen werden – mit der roten Fahne an der Spitze.

Um das wirksam zu machen, mussten wir unser Vorhaben natürlich ankündigen. In Koblenz wurden unsere Köpfe mit Erklärungen darüber, was wir wollten, plakatiert und die Plakatierer kamen schließlich von ihren Einsätzen zurück und fanden in Koblenz keinen Platz mehr für weitere Plakate.

Am ersten Prozesstag fuhren wir mit dem LKW einer Möbel-Firma, auf dem nicht etwa „Soldatenmarsch“ stand, sondern irgendein Firmennamen, in das Viertel, in dem das Gericht lag. Die Klappe öffnete sich, wir erhielten den Befehl „Absitzen“, „Haltung annehmen“ und wir machten uns zum Gericht auf. Wir marschierten am Bundesgrenzschutz vorbei, der ebenso wie seine Hunde, mit offenem Maul da stand.

Wir marschierten an der Polizei vorbei und auch – wie es ein Nachrichtensprecher versehentlich ausdrückte – „an den anderen bewaffneten Mächten“. Am Gericht angekommen, verlangten wir Einlass in die Staatsschutzkammer – ich trug die rote Fahne voraus. Die Verantwortlichen dort waren erstmal ziemlich durcheinander. Sie richteten eine

provisorische Polizeidienststelle ein und nahmen schließlich unsere Selbstanzeigen entgegen, nachdem wir versprochen hatten, danach das Gericht geordnet zu verlassen.

Die Urteilsverkündung führte – wie der Richter sagte – „bei der geballten Macht, die dort unten steht...“ zu einem Freispruch.

Wir setzten unsere Devise „Nicht im Betrieb und nicht beim Bund halten wir den Mund“ erfolgreich um. Die Aktion zeigte: Es ist möglich zu kämpfen und auch zu siegen.

Wir waren 56 Unterzeichner, zum Schluss aber natürlich weitaus mehr. An die hundert sind marschiert. Diese Aktion machte den Antimilitarismus überhaupt erst wieder salonfähig. Und dennoch mussten wir teilweise darum kämpfen, bei Veranstaltungen der Friedensbewegung überhaupt auftreten zu können, ohne von den Pazifisten eine aufs Maul zu kriegen.

Für die waren wir wohl gefährlich. Schließlich zeigten wir, dass der Kampf gegen den Krieg nur dann zu führen ist, wenn man den Militarismus bekämpft und zwar in der Armee selbst, dass der Kampf gegen die Kapitalisten nur da zu führen ist, wo er zu bekämpfen ist, bei seinen Produktionsmitteln und seinem Staat.

Eine solche Erkenntnis müsste natürlich in die Tat umgesetzt werden. Wer diese Erkenntnis nicht haben oder den Kampf gegen den Militarismus und um die Macht nicht führen wollte, fürchtete uns. Wer sich nur Frieden wünschte, aber nicht selbst gegen den Krieg kämpfen wollte, fürchtete uns.



Abschlussrede

Wir haben heute erfolgreich mit einer Demonstration auf die internationale Antikriegsaktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“ hingewiesen. Bei den Referaten heute Nachmittag ist nochmal deutlich geworden, dass wir die Generation sind, die das Pech hat in der Berliner Annexions-Republik aufzuwachsen. Die mit einem Staatsumbau konfrontiert ist, der Kriegsvorbereitung nach innen und außen ist. Während es früher in der BRD Massenproteste gegen die Remilitarisierung und mit der DDR einen Garant für den Frieden gab, ist es heute an uns den Krieg zu bekämpfen und einen Weltkrieg zu verhindern. Wir haben gesehen, wie die europäischen Völker gegen die Auswirkungen der Krise und das deutsche Spardiktat kämpfen. Wir haben gehört, wie die Bundeswehr zur Söldnerarmee umgebaut wird und der Heimatschutz gegen das Volk ausgebaut wird. Aber wir dürfen bei all dem nicht den Mut verlieren. Dieser heimliche Aufmarsch, wie ihn die linksjugend Mecklenburg Vorpommern bezeichnet und der so heimlich gar nicht ist, ist vielleicht der letzte dieser herrschenden Klasse. Der Landesverband der linksjugend schreibt in ihrer Unterstützungserklärung:

Landesverband linksjugend [,solid] Mecklenburg-Vorpommern

In solchen Zeiten erkennt Mensch, dass es einen heimlichen Aufmarsch gibt. Diese großflächige Mobilmachung von „Humanressourcen“, vollzieht sich nicht so zufällig, wie man uns weismachen will, sondern um die wirtschaftlichen Interessen der BRD in der Welt durchzusetzen. Kriege werden nicht geführt, um Schulen zu bauen und Frauen zu befreien, sondern um Handelswege und Ressourcen zu sichern.

Diese einfache Feststellung ist richtig und ihre ebenso klare Überlegung, was dagegen zu tun ist auch: „Deswegen unterstützen wir die Kampagne Klassenkampf statt Weltkrieg“. Mögen wir auch noch wenige Jugendliche sein, die sich organisiert so klar dem deutschen Krieg entgegen stellen, ist es dies um so wichtiger. Um so wichtiger ist es auch, dies mit großen Gesten zu tun, die internationale Antikriegsaktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“ ist so eine große Geste. Eine große Geste gegenüber der Tschechischen Republik und Polen, denn der Akt zu ihnen zu kommen und persönlich vor dem eigenem Imperialisten zu warnen – das „Vaterland“ nicht nur mit Worten sondern mit Taten zu verraten, ist eine große Geste, die nicht nur auf der jeweiligen Landstraße und einem Marktplatz wirkt, sondern überall, wo davon geredet wird. Sie ist aber auch eine große Geste hier in dem größer gewordenem Deutschland selbst. Denn auch hier zählt die mutige Tat gegen den Krieg und nicht nur die Worte und nicht erst wenn die Gestellungsbefehle schon ausgestellt sind, sondern jetzt, denn auch ihr Frieden ist schon Krieg gegen andere Völker. Die Unterstützungser-



erklärung der kommunistischen Jugend der Tschechischen Republik ist mehr als eine Einladung. Entschuldigt Genossen, dass wir uns so spät auf den Weg zu euch machen. Sie schreiben:

Komunistický Svaz Mládeže:

Es ist kein Zufall, dass 20 Jahre nach der Restauration des Kapitalismus in unserem Land 70% der Wirtschaft ausländischem Kapital gehört. Das deutsche und österreichische Kapital schafft es, sich einen signifikanten Anteil am Reichtum unseres eroberten Vaterlands anzueignen. [...] Anstelle einer Wirtschaft, die den Menschen unseres Landes gehörte und die weitestgehend deren Bedürfnisse befriedigte, die hoch entwickelt war, sind wir in die grausame Wirklichkeit der Neokolisation gestürzt, und ein großer Teil der arbeitenden Bevölkerung kämpft um die nackte Existenz. [...] Sieg über die bewaffneten Kräfte der imperialistischen Aggressoren! Sozialismus oder Barbarei!

Diesen Kampf wollen wir mit ihnen zusammen führen, auch wenn sie mindestens genauso wenige sind, wie wir oder gerade deshalb! Bei einer Präsentation unseres letzten Aktivistentreffens in Hamburg, sagte ein Bremer Jugendlicher, diese Aktion auf dem DOK 10 der Blohm & Voss Werft habe ihm vor allem gezeigt, wie verletzlich diese doch oft übermächtig scheinende Klasse unseres Gegners ist. Hopla, da waren wir plötzlich auf dem Gelände einer der größten Rüstungswerften dieses Landes. Ähnlich hat vielleicht das Volk in Tunesien gedacht, als es seinen ganzen Mut zusammen genommen hat und „Hopla“ ihren Diktator gestürzt hat. Diese Revolten in den arabischen Ländern zeigen nämlich neben dem, dass es eben für einen Großteil der Menschheit nicht mehr möglich ist unter der imperialistischen Unterdrückung zu leben auch das: Der Imperialismus ist nicht übermächtig, der Kapitalismus ist am Ende. Und auch wenn diese Revolten noch keine Revolutionen sind und dies auf kurze Sicht auch noch nicht werden, auch wenn wir noch wenige sind, die sich dieser erschreckenden Kriegsgefahr entgegen stellen. Es ist ein Anfang! Also lasst uns die nächsten Wochen auf Hochtouren arbeiten, diese Aktion zu einem Erfolg zu machen. Die größte Einheit entsteht im Kampf, manchmal auf einer dreckigen W50 Ladefläche.

Julia

Bericht vom internationalen Jugendaktivistentreffen in Leipzig

Zur Vorbereitung der internationalen Antikriegsaktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“ hat der Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik alle Jugendorganisationen, die die Aktion unterstützen zu einem Jugendaktivistentreffen eingeladen. Wir wollten zusammen mit den Jugendunterstützern aus der Tschechischen Republik und der Republik Polen die politische und historische Situation in unseren Ländern diskutieren und voneinander erfahren, wie es um die fortschrittlichen Kräfte und ihre Kämpfe bestellt ist. Uns interessierte ihre Einschätzung zur Rolle des deutschen Imperialismus und der Kriegsgefahr und im Besonderen, ihre Haltung zur Aktion.

Das taten wir auch. Ein Vertreter der „Komunistický Svaz Mládeže“ (Kommunistische Jugendunion) und zwei der „Svaz mladých komunist eskoslovenska“ (Kommunistische Jugendunion der Tschechoslowakei), sowie vier Vertreter der „Komunistyczna Partia Polski“ (Kommunistische Partei Polens) haben die Reise auf sich genommen, um mit uns gemeinsam zu konferieren und zu kämpfen.

Zuerst wurde die Historie deutscher Übergriffe auf Polen und die Tschechoslowakei vor allem aber die, der gemeinsamen Kämpfe deutscher, polnischer und tschechoslowakischer Arbeiter dagegen umrissen.

Sodann haben wir erklärt, warum der Aktionszug aus unserer Sicht durch die ehemalige DDR, die Tschechische Republik und die Republik Polen fahren soll. Nämlich die Tatsache, dass die DDR vom deutschen Imperialismus bereits annektiert wurde, und die Tschechische Republik, sowie die Republik Polen maßgeblich vom deutschen Kapital beherrscht werden. Der Zug soll dazu dienen, die fortschrittlichen Kräfte dieser Länder miteinander gegen die Kriegsgefahr zu verbünden. Unser Zusammentreffen war bereits ein großer Schritt in diese Richtung:

Die Genossen aus Polen unterstützen die Aktion, da sie in Polen unheimlich in der Defensive sind. Sie legen sich ins Zeug, um die Propaganda der Herrschenden zu widerlegen und bei Kommunalwahlen Aufmerksamkeit zu bekommen.

Die „Komunistický Svaz Mládeže“ sieht die Aktion als Bestandteil ihrer antiimperialistischen Arbeit.

Der Genosse der „Svaz mladých komunist ceskoslovenska“ trägt bereits das Aktions-Shirt, während er die Unterstützung seiner Organisation begründet und die politische Lage in der Tschechischen Republik erläutert.

Unheimlich interessant auch die Diskussion im Anschluss, in der der Genosse von der „Komunistický Svaz Mládeže“ erklärt, wir sollten uns nicht beeindrucken lassen von dem Verbot kommunistischer Symbole und den Vorbehalten gegen den Begriffs Klassenkampf, den die Herrschenden in die Ecke des Terrorismus stellen: das Volk sähe das anders.

(Nebenbei bemerkt: Ein Hoch auf die Übersetzer, welche Leistung!)

Nach dem inhaltlichen Teil sind wir mit dem Jugendwagen (W50) aus dem Aktionszug durch die Leipziger Innenstadt gefahren, um die Aktion dort bekannt zu machen. Auf der großen Ladefläche: Stahlfässer zum Trommeln, Transparente, Fahnen, Flugblätter, Reden und junge Revolutionäre aus vier Ländern.

Das wir tatsächlich fahren konnten, war nicht selbstverständlich. Offenbar genießen Feinstaubpartikel in der Bundesrepublik höheren Stellenwert als Versammlungs- oder Kunstfreiheit. Mit jeder Menge Durchsetzungsvermögen, Arbeit und Charme konnten wir dem aber letztendlich begegnen. Mit historischem Kennzeichen, in letzter Minute besorgt, und von kritischen Bullenaugen begleitet fuhren wir durch Leipzigs Innenstadt. Begleitet von Reden, Rufen, Trommel-Rhythmen, röhrendem Motor, einer kleinen Demonstration und Flugblatt-Verteilern. Auf dem Vorplatz des Bundesverwaltungsgerichts machten wir unsere Abschlusskundgebung. Hier saß einst das Gericht, das Georgie Dimitroff 1933 freisprechen musste, da er die Vorwürfe gegen sich zu nutzen wusste, um die Faschisten selbst anzuklagen. Daran erinnernd, redeten wir hier in drei Sprachen, auch über unsere gemeinsame Zukunft.

Danach ging es zurück. Auf Abendessen, kleine Diskussionen und Schrauberarbeiten folgte ein Multimediabeitrag zur Geschichte der internationalen Antikriegsaktion „Das Begräbnis oder Die Himmlischen Vier“. Darüber, wie diese Aktion anlässlich des Jahrestages der Befreiung vom Hit-





lerfaschismus 2005 begann und dann jährlich begangen und durchgesetzt wurde. Darüber, wie durch die Zusammenarbeit von Kommunisten, Sozialisten und Antifaschisten - Arbeitern, Jugendlichen und Künstlern mit kreativen und frechen Aktivitäten gegen die vielen Verbote vorgegangen wurde.

Angekommen bei unserer Unterkunft, einer Reihe kleiner Hütten im Wald, gab es Lagerfeuer, endlich Duschen, eine Gitarre und internationale, revolutionäre Lieder. Wir sangen und diskutierten bis am nächsten Tag die Sonne mit ihrem Aufgang drohte.

Am Sonntag nahmen wir gemeinsam an der Befreiungsfeier des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald teil. Die Selbstbefreiung der Häftlinge, die aus den unterschiedlichsten Ländern kamen, ist auch ein leuchtendes Beispiel des Internationalismus. So wurde auch unsere internationale Jugenddelegation dort von Vielen freudig begrüßt. Dieser Programmpunkt bestärkte uns noch mal in unserer Erkenntnis vom Vortag, dass wir gemeinsam, über Ländergrenzen hinweg Krieg und Faschismus bekämpfen müssen, dass wir so und nur so auch gewinnen können und eine Zukunft haben. Dieses Wochenende hat unsere Einsicht in die Notwendigkeit aber vor allem auch die Vorfriede auf die internationale Antikriegsaktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“ enorm gesteigert. Deshalb rufen wir Allen zu: 8. Mai, seid dabei!

Joachim und Julia





Referat „Drei Länder – eine rote Fahne – ein Feind – ein Kampf – ein Sieg“

Krieg und internationale Solidarität in der tschechoslowakisch, polnisch und deutschen Geschichte, insbesondere zur Zeit des 2. Weltkrieges

Die Geschichte der Tschechischen Republik, der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschlands ist eng miteinander verbunden. Es ist eine Geschichte von Eroberungen, Kriegen und Völkermord. So haben sie die Herrschenden geschrieben, insbesondere die deutschen. Aber es ist auch eine Geschichte von Widerstand, internationaler Solidarität und Befreiung, immer dann, wenn die Völker die Geschichte geschrieben haben.

Vor ziemlich genau 80 Jahren erklärten tschechische, polnische und deutsche Berg- und Metallarbeiter auf einer gemeinsamen Konferenz, in Anbetracht der Weltwirtschaftskrise: „In dieser Situation der brutalen Ausbeutung der Arbeiterklasse, der verschärft drohenden Kriegsgefahr ruft die Konferenz [...] alle Arbeiter Polens, [...] (Deutschlands und der Tschechoslowakei) auf, in gewaltigen Massenkundgebungen [...] gegen die drohende Kriegsgefahr zu demonstrieren. Gegen den Kapitalismus, gegen Arbeitslosigkeit, gegen Not, Elend und Unterdrückung.“¹ Das war sieben Jahre vor der Zerschlagung der Tschechoslowakei durch das Münchner Abkommen. Und acht Jahre vor dem Überfall des faschistischen Deutschlands auf Polen.

Solche Konferenzen und Kundgebungen waren kein Einzelfall. Nicht erst im Angesicht der Kriegsgefahr kämpften tschechoslowakische, polnische und deutsche Arbeiter gemeinsam gegen Ausbeutung und nationalistische Hetze. Fast immer spielten dabei die kommunistischen Parteien eine führende Rolle.

Gemeinsame Kämpfe gab es z.B. in den Grenzgebieten, die seit dem 1. Weltkrieg Ziel deutscher Expansionsbestrebungen waren. Wie z.B. in Oberschlesien, wo sowohl Deutsche, als auch Polen lebten. In den Bergwerken lernten die polnischen und deutschen Arbeiter, dass sie nur einen gemeinsamen Feind haben, die Ausbeuterklasse. Das bekamen die Ausbeuter bei Streiks zu spüren. Das zeigt z.B. folgender Bericht der örtlichen Behörde an die Reichsregierung in Berlin:

„In sämtlichen Zechen wird gestreikt. Streik ist auf Treibein von Spartakusleuten und polnischen Hetzern zurückzuführen, welche die Belegschaft dazu bewogen haben, die Bergbeamten abzusetzen und an ihrer Stelle Grubenräte einzusetzen. Situation hat sich gestern Nachmittag verschlimmert. Die Beamten bis zum Direktor aufwärts werden gezwungen [...] als Grubenarbeiter [...] zu arbeiten.“²

Verbunden durch den Kampf gegen die heimische Reaktion, für die Verteidigung der Sowjetunion und für die eigene Befreiung entwickelte sich eine enge Zusammenarbeit.

In Deutschland lebende Polen kämpften in einer polnischen Sektionen der KPD. Es gab gemeinsame Kulturverbände. Die KPD unterstützte die Kommunistische Partei Polens bei ihrer Arbeit in der Illegalität. Tagungsmöglichkeiten, Erstellung von Druckerzeugnissen und dessen Transport über die Grenze, sind Akte praktischer Solidarität. Mit Kundgebungen und Resolutionen protestierten revolutionäre deutsche Arbeiter gegen das Verbot der Kommunisten und für die Freilassung polnischer Revolutionäre.

Auch die werktätige Jugend Polens und Deutschlands schloss sich in gemeinsamen Kämpfen zusammen. Heute, auf den Tag genau vor 81 Jahren, am 16. April 1930 demonstrierten z.B. 200 Jugendliche gegen das deutsch-polnische Ausbeuterbündnis, für die Diktatur des Proletariats in Laband, einer Stadt in Oberschlesien.

In Nachhinein betrachtet etwas spät, verstärkte die KPD seit Anfang der 30iger Jahre auch ihre Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei.

Bereits 1930 zeugen Presseberichte von Massenaufmärschen tschechischer, polnischer und deutscher Arbeiter, z.B. in Ratibor. Grenzkomitees an den jeweiligen Grenzen zwischen den drei Ländern wurden gebildet, um den gemeinsamen Kampf besser organisieren zu können.

Der deutsche Kommunist Wilhelm Pieck spricht am 08. Januar 1933, kurz vor der Machtergreifung der Hitler-Faschisten auf einer Kundgebung in Hindenburg: „Unsere heutige Kundgebung hat eine besondere Bedeutung. Sie steht im Zeichen des proletarischen Internationalismus für die Herstellung der proletarischen Einheitsfront zum Kampf gegen die imperialistischen Kriegsräuber, faschistische Diktatur, Hunger und Frost, für das internationale Kampfbündnis des deutschen, polnischen und tschechischen Proletariat. [...] Hüben wie drüben, in Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei, raubt man den Arbeitern die Löhne, die Unterstützungen, wirft sie in Massen auf die Straße. [...] Die kapitalistische Krise wütet mit unverminderter, ja gesteigerter Schärfe und zieht alle werktätigen Schichten in den Strudel des Hungers und des Elends. Der Kapitalismus will sich den Ausweg aus der Krise durch neuen massenmordenen imperialistischen Weltkrieg bahnen.“³ Es verging kein Monat da begann der faschistische Terror in Deutschland. Die Bilanz des ersten Jahres: Verhaftung Ernst Thälmanns, Vorsitzender der KPD und mit ihm 300.000 weitere deutsche Antifaschisten und Revolutionäre. 4.000 wurden in den Kerkern und KZs ermordet. 130.000 verwundet und

verkrüppelt. In einem Jahr! Die Kommunistischen Parteien der Tschechoslowakei und Polens organisierten Solidaritäts-Kampagnen zur Freilassung Ernst Thälmanns, Georgi Dimitroff und gegen den faschistischen Terror in Deutschland.

Mit Hilfe tschechischer Kommunisten entstanden zahlreiche Komitees zur Unterstützung antifaschistischer Emigranten, mit denen sie aktiv zusammenarbeitete. Die wichtige Abschnittsleitung der KPD befand sich in Prag. Bis 1938 entstand hier ein Großteil der Flugschriften und Zeitungen gegen das faschistische Regime. Hier entstand auch nach ersten, ähnlichen Bemühungen in Paris, die erste bedeutungsvolle Gruppe der Freien Deutschen Jugend. In dem „Gründungsaufruf heißt es: „Wir junge Antifaschisten Deutschlands in der CSR, junge Sozialisten, Kommunisten und Parteilose haben uns zur Freien Deutschen Jugend zusammengeschlossen. [...] Die Uneinigkeit des Volkes hat den Faschismus auf den Thron gesetzt, die Einigkeit des Volkes wird ihn vom Thron herunterstürzen. Diese Lehre beherzigen wir und bekräftigen sie durch die Tat.“⁴

Polnische Kommunisten und Antifaschisten halfen beim Transport illegaler Schriften ins Reichsgebiet. Nicht selten wurden dafür die Grenzstützpunkte genutzt, über die einst die illegale KP Polen ihr Material in die umgekehrte Richtung befördert hatte. Einen solchen Grenzstützpunkt richteten z.B. in Ostrava in der Tschechoslowakei tschechische, polnische und deutsche Berg- und Hüttenarbeiter ein. Er konnte bis 1938 gehalten werden.

In Gleiwitz fand 1933 der deutsch-polnischen Freiheitskongress statt. Zum Anlass des Treffens sagt ein Vertreter der KPD: „Das ist eine ungeheure Gefahr, die gerade hier im brennenden Osten, an den brennenden Grenzen sich zusammenballt: die Kriegsgefahr! [...] Deswegen, weil die Bourgeoisie zerrüttet, unterminiert ist, weil der Kapitalismus nur noch einen Ausweg aus der Krise sieht, [...] Das ist der

imperialistische Krieg.“⁵ Sechs Jahre später am 1. September 1939 melden aus der gleichen Stadt deutsche Faschisten: „Seit 5:45 Uhr wird zurück geschossen.“ Das erste was auch in diesem Krieg starb, war die Wahrheit.

Der 2. imperialistische Weltkrieg reiht sich ein, in eine lange Vergangenheit von deutschen Krieg, Völkermord und Unterdrückung der slawischen Völker. Immer da, wo sich die Völker gegen Unterdrückung erhoben, waren die deutschen Soldaten zur Stelle, um den Fortschritt im Blut zu ertränken.

Es waren deutsche Soldaten, die sich im 15. Jahrhundert gegen die Völker Böhmens und Mährens schicken ließen, als diese in den sogenannten Hussitenkriegen gegen die katholische Kirche aufbegehrten.

Im dreißigjährigen Krieg entwickelte sich das deutsche System des Raubes, der Gewalt und unerhörten Grausamkeit in den besetzten Gebieten, dass die Hitlerfaschisten im 2. Weltkrieg auf die Spitze trieben.

Im 18. Jahrhundert beteiligte sich das deutsche Fürstentum Preußen, im Bunde mit dem russischen Zarismus an der dreimaligen Teilung Polens. Karl Marx charakterisierte wie die preußischen Räuber in Polen hausten: „1771 wurden ganze Kantone von Preußisch-Polen durch preußische Soldatenknechte überschwemmt, die unglaubliche Plünderungen, Grausamkeiten, Gemeinheiten und Brutalitäten jeder Art verübten. Nicht nur stehlen die hungrigen Kanakillen privatim und von Staats wegen. Sogar Weibergaben wurden verschrieben, die die Dörfer liefern mussten [...]“⁶

Die heran gereifte deutsche Bourgeoisie entschied sich aus lauter Feigheit vorm Proletariat gegen die Vollendung ihrer Revolution und für die Fortführung der preußischen Tradition der Unterdrückung und Vernichtung der slawischen Völker. Damit ertränkte sie ihre eigene Befreiung im Blut der Polen und Tschechen.



1848 verriet sie das tschechische Volk, das auf den Barrikaden Prags gegen die österreichische Armee kämpfte. 1863 hilft es der zaristischen russischen Regierung, den polnischen Aufstand zu unterdrücken. Zu Recht sprechen Karl Marx und Friedrich Engels von einem geschichtlichen Paradoxon: „In dem selben Augenblick, wo die Deutschen um die innere Freiheit mit ihren Regierungen ringen, sie unter dem Kommando der selben Regierungen einen Kreuzzug gegen die Freiheit Polens, Böhmens, Italiens unternehmen lassen, welche tiefe der Kombination.“⁷ Nicht zufällig bezieht sich die Feststellung Friedrich Engels: „Eine Nation kann nicht frei werden und zugleich fortfahren, andere Nationen zu unterdrücken“⁸ auf Polen.

Auf diesem historischen Boden ist der aggressive deutsche Imperialismus gewachsen. In seiner ökonomischen Entwicklung und bei der Aufteilung der Kolonien zu spät gekommen, entfesselte er 1914 den 1. imperialistischen Weltkrieg. Dieser endete 1918 mit seiner Niederlage. Die deutschen Imperialisten waren allerdings nicht gewillt diese hinzunehmen. Sie waren von Anfang an bestrebt, die Schmach von Versailles auszugleichen.

Gerade mal 20 Jahre später verleibt sich das faschistische Deutschland Österreich ein. Ein halbes Jahr später folgte die Zerschlagung der Tschechoslowakei. Mit dem Diktat von München von 1938, unterstützt durch die Westmächte annektierte es das Sudetengebiet, weitere Teile gingen an Polen und Ungarn.

Ein halbes Jahr später machte Hitler-Deutschland die Slowakei zu einem faschistischen Vasallenstaat und besetzte den restlichen Teil Tschechiens. Weitere sechs Monate später begann mit dem deutschen Überfall auf Polen der 2. Weltkrieg. Für das tschechoslowakische und das polnische Volk begann eine Zeit des grausamen faschistischen Terrors und der wirtschaftlichen Ausbeutung.

Die Industrie und Rohstoffvorkommen der Tschechoslowakei wurde für die deutsche Kriegsproduktion ausgeplündert. Hunderttausende Arbeiter wurden zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich deportiert. In barbarischer Weise wurde die hohe Kultur der Tschechen bekämpft, Schulen und Universitäten geschlossen und führende Vertreter der Intelligenz verhaftet oder ermordet.

Neben hunderten Zwangslagern und anderen Folterstätten errichteten die Faschisten ein großes Konzentrationslager in Theresienstadt. Razzien, Folter und Erschießungen waren allorts an der Tagesordnung.

Besonders grausam war das Vorgehen der Faschisten z.B. in Lidice am 10. Juni 1942. Die gesamte Ortschaft wurde niedergebrannt. Alle 199 männlichen Bewohner wurden an Ort und Stelle hingerichtet, 184 Frauen wurden ins KZ Ravensbrück deportiert und die 105 Kinder des Dorfes auf Umwegen in Konzentrationslager gebracht, die nur 16 von ihnen überlebten.

In erster Linie richtete sich der faschistische Terror gegen den heroischen Widerstand, in dem die Kommunistische Partei die führende Rolle einnahm. Bereits 1939 fanden in zahlreichen Orten Streiks und Demonstrationen gegen die faschistische Okkupation statt. Der Widerstand konnte trotz verstärkten faschistischen Terrors nicht gebrochen werden. Nur um einige Beispiele zu nennen:

- 1944 fand der slowakische Aufstand statt, der die Kampfkraft mehrerer deutscher Divisionen band und zu befreiten Gebieten führte, in denen die Macht bei den Nationalkomitees und dem slowakischen Volksrat lag.
- Der Kampf der I. Tschechoslowakischen Brigade, die auf Seiten der Roten Armee kämpfte.
- Der Aufstand in den tschechischen Ländern vom Mai 1945, bei dem allein in der Nacht vom 5. auf den 6. Mai 1945 in Prag 1600 Barrikaden gegen die faschistische Wehrmacht errichtet und verteidigt wurden.

Das Volk der Tschechoslowakei hat im Kampf gegen den deutschen Faschismus einen gewaltigen Blutzoll entrichtet. Mehr als 360.000 Tschechen und Slowaken starben in den KZs oder fielen im Kampf gegen die Okkupanten. 550.000 Tschechen wurden zur Zwangsarbeit für die Faschisten gezwungen. 25.000 Kommunisten fielen im Kampf.

Die faschistische Okkupation Polens hatte das Ziel, das Polentum, samt seiner Kultur und aller materiellen Werte zu vernichten. Das belegen nicht nur Pläne der deutschen Faschisten, sondern auch folgende Fakten: Die gesamte polnische Ökonomie wurde in den Dienst der Besatzer gestellt. In Folge des Krieges wurde sie zu einem großen Teil zerstört. Mehr als jeder 2. Produktionsbetrieb wurde verwüstet. Insgesamt umfassen die materiellen Verluste 38% des Volksvermögens. Systematisch wurde die polnische Kultur beseitigt, 60% des Schulwesens zerstört, historische Bauwerke und Denkmäler zertrümmert, ganze Bibliotheken und Archive verbrannt, 40 - 80% des Bestands der Hochschulen und Büchersammlungen vernichtet. Kulturschaffende und Wissenschaftler wurden gezielt ermordet. Auf dem Territorium Polens befanden sich etwa 2500 faschistische Lager, darunter Vernichtungslager, wie Auschwitz, Majdanek, Treblinka und Sobibór. Zerstört wurde die Hauptstadt Polens, Warschau und eine Reihe weiterer Städte und Dörfer - in Schutt und Asche gelegt und dem Erdboden gleich gemacht. Besonders verheerend sind die menschlichen Leiden und Verluste. Eine Million Tuberkulose-Kranke. 600.000 Invaliden. 2,5 Millionen Polen, die zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportiert wurden. Und über 6 Millionen Tote. Davon starben 10% in Folge direkter Kriegshandlungen. 90% der Opfer wurden in den Konzentrationslagern zu Tode gearbeitet oder vergast, in den Folterkammern der Gestapo langsam und grausam ermordet, bei öffentlichen

Exekutionen erschossen oder fielen den sogenannten „Befriedungsaktionen“ zum Opfer. 6 Millionen, das sind 22% der polnischen Bevölkerung, das ist mehr als jeder 5. Pole!

Trotz des oben beschriebenen Terrors gegen die polnische Bevölkerung hatte sie sich nie und nicht einmal teilweise der feindlichen Übermacht unterworfen. Überall kämpften Partisanen in den Wäldern und später auch in den Städten. Es entstanden unterschiedliche Militärverbände, die entweder dem bürgerlichen Lager zuzuordnen sind, wie z.B. die Landesarmee (Armia Krajowa) oder dem revolutionären Lager, wie z.B. die Volksgarde (Armia Ludowa), die spätere Polnische Volksarmee (Polska Armia Ludowa). Mitte 1944 zählten diese Verbände über eine halbe Millionen Mitglieder. Diese versetzten den faschistischen Verbänden teils heftige Schläge in offenen Gefechten und behinderten die deutsche Kriegsführung erheblich. Vor allem die revolutionären Partisanengruppen führten in großem Maßstab Sabotageakte in Industrie und Eisenbahnwesen durch. Sie leisteten Kundschaffertätigkeit, mit teils beachtlichen Erfolgen, wie z.B. die Eroberung einer V2-Rakete.

Im Vergleich zum tschechoslowakischen und polnischen Widerstand, ist der deutsche Widerstand klein. Das hatte unterschiedliche Gründe; der verspätete Kampf um die Einheitsfront gegen den Faschismus, die vielen Kommunisten und anderen Antifaschisten, die schon früh in die Zuchthäuser und Konzentrationslager gesperrt und ermordet wurden und die Tatsache, dass ein großer Teil der Bevölkerung kurzfristig von der Enteignung der Juden und den kriegerischen Raubzügen der Wehrmacht profitierte. Umso größer die Bedeutsamkeit der wenigen deutschen Antifaschisten, die unter diesen Bedingungen weiter kämpften. Die, vor dem Weltkrieg geknüpften Bande zwischen tschechoslowakischen, polnischen und deutschen Antifaschisten und Revolutionären hielten.

Oft entschieden Zufälle über den Bestimmungsort des Einzelnen, wie Truppenbewegungen, Vertreibung oder Flucht und auch die Verschickung in Konzentrationslager. Für Kommunisten, aber auch andere Internationalisten spielte die Herkunft keine Rolle. Die politische Einstellung zählte. So kämpften z.B. deutsche Kommunisten und Antifaschisten, die ins Exil gehen mussten, zusammen mit ihren tschechischen Genossen. Manchmal wechselten auch deutsche Antifaschisten, die es in die Wehrmacht verschlagen hatte, im Einsatzgebiet zu den Partisanen. So kämpften z.B. mehrere deutsche Antifaschisten in einer Abteilung der Volksarmee, die im Kreis Miechów operierte. In den wenigen erhaltenen Aufzeichnungen kann man z.B. lesen: „Erwin, Fritz und Johann kamen im Verlauf der schweren Kämpfe im Gebiet Kielce im Herbst 1944 zur Abteilung und brachten Panzerfäuste mit. Alle fielen im Kampf bei Gruszka. Als Erwin die Munition ausging, warf er sich mit einer Granate unter einen Panzer der Faschisten.“⁹ Ein anderer, den sie liebevoll

„Max“ getauft hatten, fiel im Kampf gegen SS-Einheiten in den Wäldern von Chroberz, das letzte, was er seinen Gegnern entgegenschleuderte, waren die Worte: „Es lebe ein sozialistisches Polen.“¹⁰

Eine rege Zusammenarbeit gab es auch in den jeweiligen Grenzgebieten, z.B. im Sudetenland. Die absolute Mehrheit der Sudetendeutschen stand, als 5. Kolonne auf der Seite des deutschen Faschismus. Aber es gab wenige, aufrechte Antifaschisten unter ihnen, die an der Seite ihrer tschechischen Genossen kämpften. Sie leisteten vor allem bei der Herstellung von Kontakten zu antifaschistischen Gruppen in Deutschland und dem Materialtransport über die Grenze nützliche Dienste.

Auf Initiative der KPD entstand das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ mit Sitz in Moskau. Damit erhielt auch der deutsche, antifaschistische Widerstand eine Art Führungszentrum. Dessen „Frontorganisation“ unter Leitung von Walter Ulbricht wuchs auf 2000 Antifaschisten an. Diese kämpfte z.B. in den Abteilungen der Roten Armee. In kleinen Einheiten operierte sie auch hinter der Front. Um antifaschistische Propaganda unter den Wehrmachtsoldaten zu verbreiten, sprangen sie mit Fallschirmen hinter der Front ab und wurden oft mit Hilfe tschechischer oder polnischer Partisanen zu ihrem Bestimmungsort geleitet. Aber auch das Durchbrechen der feindlichen Linien, um das Vordringen von Partisanenverbänden oder der Roten Armee zu erleichtern gehörte zu ihrer Aufgabe. So wurden z.B. 75 deutsche Antifaschisten beim Kampf um die Kapitulation der deutschen Garnison in Breslau eingesetzt. In drei Zügen sollten sie in die Verteidigungsstellungen der Garnison eindringen. Die Wachposten der SS ließen sich durch die deutsche Sprache täuschen, in tief badischem Dialekt fluchten die Genossen darüber, dass sie sich verlaufen hätten und wurden durchgelassen. So gelangten sie ins innere des SS-Quartiers, wo sie die SS-Schergen mit dem Ruf „Hände hoch! Wir kommen vom Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und einem Kugelhagel begrüßten.

Die Möglichkeit für ganz normale Arbeiter in der Wehrmacht, ihre Lage zu erkennen und auf die richtige Seite zu wechseln, beruht auf dem konsequenten Internationalismus und Klassenstandpunkt der tschechischen und polnischen Kommunisten. Diese Größe der Genossen, ist im Anbetracht der deutschen Gräueltaten, gar nicht hoch genug einzuschätzen. So schreibt z.B. das Bezirkskommando der Volksarmee im Gebiet Lublin in einem Aufruf an die deutschen Soldaten:

„Wir, die polnische Volksarmee, wollen keinen Krieg gegen das deutsche Volk führen. Wir sind Feinde des Hitlerfaschismus, der der Totengräber Eurer und unserer Freiheit ist. Erwacht also, solange noch Zeit ist. Kommt mit der Waffe in der Hand zu uns, helft mit, die Macht Hitlers zu schwächen und zu zerschlagen.“¹¹

Einen eher seltenen Erfolg erzielte die polnische Partisanenabteilung „Wisła“, die Flugblätter an eine deutsche Volkssturmeinheit verteilte, mit dem Aufruf mit voller Bewaffnung die Seite zu wechseln. Einige Tage später wurden die Partisanen in Alarmbereitschaft versetzt, die Volkssturmeinheit war ausgerückt. Von weitem beobachteten sie, wie die geschlossene Abteilung singend, samt einem voll beladenem Gaul die Chaussee entlang marschierte. Die Partisanen gingen von einer Übung aus und staunten nicht schlecht, als die Volkssturmeute plötzlich begannen ihren Kommandeur zu jagen. Als dieser zur Waffe griff, wurde er von seinen eigenen Leuten erschossen. Die Partisaneneinheit freute sich über den Zuwachs von 40 bewaffneten Männern und einer Kanone.

Der Sieg über Hitler-Deutschland und die Befreiung vom Faschismus war schließlich vor allem ein Erfolg der kämpfenden Völker, allen voran des sowjetischen, dass auf Grund seiner Befreiung vom Kapitalismus, Staat und Armee gegen die faschistische Wehrmacht in Stellung bringen konnte. Das tschechoslowakische und polnische Volk hat mit seinem heroischen Kampf gegen die Okkupanten seine eigene Befreiung vorbereitet und letztendlich auch die unsrige. Dies, zusammen mit dem erfolgreichen Vorstoß der Roten Armee bis nach Berlin, hat den Boden bereitet für die Entstehung der Volksrepublik Polen, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Deutschen Demokratischen Republik.

Das war die Voraussetzung dafür, dass unsere Völker nach tausend Jahren des von den Herrschenden geschürten Völkerhasses und der Kriege, in Frieden und Freundschaft miteinander leben konnten. Die Bundesrepublik Deutschland ausgenommen. Leider war dieser Zustand nicht von Dauer, mit dem Umbruch um 1990 sind wir in die Barbarei des Kapitalismus zurück geworfen. Heute stehen wir wieder vor den gleichen Problemen: Kapitalistische Ausbeutung, Arbeitslosigkeit und Armut. Nationalistische Hetze und die Gefahr eines 3. imperialistischen Weltkrieges. Mit dem Unterschied: Heute gibt es keine Sowjetunion mehr, keine kommunistische Internationale. In den meisten Ländern fehlt dem Proletariat, der Arbeiterjugend eine Orientierung, eine konsequente Führung, die Kommunistische Partei.

Faschistischer Terror, Konzentrationslager und 10.000facher Mord konnte den Widerstand, die Kommunisten und konsequenten Antifaschisten nicht stoppen. An unseren eigenen Fehlern, dem Revisionismus knapsen wir nun schon ein halbes Jahrhundert. Aber der Untergang des Kapitalismus kann auch durch Fehler nicht aufgehalten werden, auch nicht wenn dadurch ein Drittel der Erde vom Sozialismus abfällt. In diesem Drittel der Erde beweist der Kapitalismus seit 1990 lediglich jeden Tag aufs Neue seine Unfähigkeit, die Welt zu beherrschen.

Gerade haben wir erlebt, wie die gesamte Weltwirtschaft zusammengebrochen ist, diese Weltwirtschaftskrise ist noch

lange nicht ausgestanden. In den arabischen Ländern lernen die Völker, dass der Imperialismus nicht allmächtig ist, auch wenn sie ihn noch lange nicht besiegt haben. In Japan zeigt sich die ganze Katastrophe der kapitalistischen Ökonomie, die unfähig ist mit den Naturkräften umzugehen, geschweige denn, sie zu beherrschen. Es ist aber gerade diese Unfähigkeit, diese Schwäche, die den Imperialismus zum Krieg, zum Weltkrieg treibt. Deswegen können wir nicht nur, sondern müssen ihn stürzen. Gemeinsam sollten wie es wenigstens versuchen. Wir haben nichts zu verlieren, außer unseren Ketten. Deshalb auf in den Kampf! Für die internationale Antikriegsaktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“!

Proletarier aller Länder vereinigt euch!

Julia

Anmerkungen:

- 1) *Dokumente und Materialien zum gemeinsamen Kampf der revolutionären deutschen und polnischen Arbeiterbewegung - 1918-1939*, Dokument 121
- 2) *Dokumente und Materialien zum gemeinsamen Kampf der revolutionären deutschen und polnischen Arbeiterbewegung - 1918-1939*, Dokument 2
- 3) *Dokumente und Materialien zum gemeinsamen Kampf der revolutionären deutschen und polnischen Arbeiterbewegung - 1918-1939*, Dokument 145
- 4) *Die junge Garde*, 1938, Nr. 3/4, zitiert in *Dokumente und Materialien – Aus der Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung 1904-1945*, Verlag Marxistische Blätter, Seite 159/160
- 5) *Dokumente und Materialien zum gemeinsamen Kampf der revolutionären deutschen und polnischen Arbeiterbewegung - 1918-1939*, Dokument 150
- 6) Karl Marx: *Preußen (Die Kanailen)*, zitiert in *Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum*, Verlag Olga Benario und Herbert Baum
- 7) *Die auswärtige deutsche Politik und die letzten Ereignisse zu Prag*, „Neue Rheinische Zeitung“ Nr. 42 vom 12. Juli 1848, *Marx-Engels Werke*, Band 5, Seite 202
- 8) Karl Marx / Friedrich Engels: *Reden über Polen auf dem internationalem Meeting in London am 29. November 1847*, anlässlich des 17. Jahrestages des polnischen Aufstandes von 1830, *Marx-Engels Werke*, Band 4, Seite 417
- 9) *Für unsere und eure Freiheit – Deutsche Antifaschisten im polnischen Widerstandskampf*, Militärverlag der DDR, Seite 33
- 10) *Für unsere und eure Freiheit – Deutsche Antifaschisten im polnischen Widerstandskampf*, Militärverlag der DDR, Seite 33
- 11) *Für unsere und eure Freiheit – Deutsche Antifaschisten im polnischen Widerstandskampf*, Militärverlag der DDR, Seite 26

Literatur

- „Dokumente und Materialien zum gemeinsamen Kampf der revolutionären deutschen und polnischen Arbeiterbewegung - 1918-1939“, Bearbeitet und eingeleitet von Franciszek Hawranek, Wiesław Lesiuk, Klaus Mammach, Stefan Oapiotek, Dietz Verlag Berlin / Instytut ski Opole
- „Dokumente und Materialien – Aus der Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung 1904-1945“, Band 7 der Serie: Neudrucke zur sozialistischen Theorie und Gewerkschaftspraxis, Herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschung, Frankfurt am Main, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main 1975
- „Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum“, Verlag Olga Benario und Herbert Baum
- *Marx-Engels Werke*, Band 4 und 5
- „Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei“, Dietz Verlag Berlin, 1981
- „Dokumentenedition – Nacht über Europa – Die faschistische Okkupationspolitik in Österreich und der Tschechoslowakei (1938 – 1945)“, Pahl-Rugenstein
- „Dokumentenedition – Nacht über Europa – Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1939 – 1945)“, Pahl-Rugenstein
- „Berichts über Polens Verluste und Kriegsschäden in den Jahren 1939 – 1945“, überarbeitete Neuauflage, Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“, herausgegeben im Januar 1947 durch das Büro für Kriegsentschädigungen beim Präsidium des Ministerrates
- Władysław Góra / Stanisław Okcki „Für unsere und eure Freiheit – Deutsche Antifaschisten im polnischen Widerstandskampf“, Herausgegeben von Reinhold Jeske, Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik
- Waldemar Tuszycki / Tadeusz Tarnogrodzki, „Geschichte des polnischen Widerstandskampfes – 1939 – 1945“ – Militärgeschichtlicher Abriss, Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik

Referat „Warum der Zug durch die Tschechische Republik und die Republik Polen fährt“

Über die Politik des deutschen Imperialismus gegenüber der Tschechischen Republik und der Republik Polen und die Kriegsgefahr

Liebe Genossen, Freunde und Mitstreiter,

wir sind davon überzeugt, dass die zwischenimperialistischen Widersprüche im Kapitalismus zwangsläufig zu Krieg führen und dass die Sicherung von Rohstoffen und Märkten, die Sicherung des Maximalprofits der Kapitalisten unausweichlich Kriege heraufbeschwören.

Der preußische Militär Clausewitz meinte vom Standpunkt des Kapitals aus, dass Krieg nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei.

Und Bertolt Brecht schrieb – und meinte damit die Kapitalisten: Ihr Friede und ihr Krieg sind aus dem gleichen Stoff.

Deshalb können wir die Ökonomie nicht getrennt von der Politik, den Krieg nicht getrennt vom Frieden behandeln.

Es ist heute insbesondere wieder Deutschland, das die Souveränität anderer Staaten untergräbt und sich mit politischem, ökonomischem und militärischem Druck in deren Angelegenheit einmischt, das nicht nur innerhalb der eigenen Grenzen die Weichen auf Krieg stellt, sondern auch andere Staaten in militärische Konflikte hineinzwingt. Die BRD ist in den letzten zwanzig Jahren nicht nur größer, sondern v.a. aggressiver geworden und heute wieder einer der Hauptkriegstreiber in der Welt.

Als Fallbeispiele wollen wir hier kurz zum ökonomischen und politischen Vorgehen des deutschen Imperialismus in und gegen die Tschechische Republik und die Republik Polen Stellung nehmen und damit auch einen Antwort geben, warum der Zug „Klassenkampf statt Weltkrieg“ gerade durch diese Länder fahren wird.

Wir beginnen mit der Tschechischen Republik.

Tschechische Republik

Liebe Genossen und Freunde,

Bertolt Brecht sagte einmal „Im Krieg bringen sich diejenigen um, die sich nicht kennen für diejenigen, die sich sehr gut kennen.“

Ich will euch kurz diejenigen schildern, die sich sehr gut kennen. Schon Anfang der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts kamen 70 % der ausländischen Direktinvestitionen in Tschechien aus der BRD, wovon 20 % allein von VW stammten, die das Skoda-Werk in Plze und Mladá Boleslav übernahmen. 10 % des tschechischen Exports beruhen allein auf der Belieferung von Autos und Autoteilen durch die tschechischen Skoda-Werke. Für VW bedeutete das zum Beispiel für das Jahr 1998 eine Gewinnausschüttung von 2,2 Mrd.

Kronen an seine Aktionäre, vorwiegend VW, welches einer 92%ig erhöhten Gewinnmarge entsprach. Da testete VW dann am 15.03.1999 schon mal wieder an, inwieweit es Richtung Krieg gehen kann, als sie mit der „großen Frühjahrsoffensive“ in verschiedenen tschechischen Zeitungen warben. In der ganzseitigen Anzeige sah man eine alte Militärkarte für Tschechien auf die Pfeile mit Leasingangeboten zeigten. Am 15.03.1939, als das Protektorat Böhmen und Mähren errichtet wurde, nannte man es ebenfalls die Frühjahrsoffensive. Nach Protesten in Tschechien entschuldigte man sich eilig, jedoch eher scheinheilig, hatten doch angeblich tschechische VW-Mitarbeiter die Anzeige „bestellt, bezahlt und geprüft“.¹

Nur zu dumm, dass der tschechische Zeitungsmarkt fest in der Hand von deutschen Medien ist. 90% der öffentliche Meinung in Tschechien geben die „Neue Presse Verlags-GmbH“, die „Rheinisch-Bergische Druckerei und Verlagsgesellschaft“, der Burda- und Bauer-Verlag vor.

Tschechien ist weiter ökonomisch dem deutschen Kapital unterworfen durch Beteiligungen der Telekom, durch die E.on und RWE in der Energiebranche, durch deutsche Banken wie Raiffeisen, Deutsche und Commerzbank und zu 60% im Warenhandel durch Metro, Lidl/Kaufland, Tengelmann/Plus, OBI, ReWe/Globus/Billa. 28,5 % der Importe kommen aus der BRD und 31,8 % der Exporte gehen in die BRD (Stand 2007). Die ökonomische Unterwerfung zieht die politische nach sich. Die 5. Kolonnen-Politik der BRD – mitgetragen von allen Parteien – wird mit Hilfe der Vertriebenen-Verbände vorangetrieben.

In den 1980ern konnte man zumindest noch teilweise eine demokratische Grundhaltung in der BRD vorfinden, zum Beispiel in der am 08.05.1985 gehaltenen Rede vom damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker. „Der damalige Bundespräsident hatte erstmals in seiner Rede nicht zuerst der deutschen Opfer gedacht, sondern „der sechs Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden“, und „aller Völker, die im Krieg gelitten haben, vor allem der unsäglich vielen Bürger der Sowjetunion und der Polen, die ihr Leben verloren haben“. Er hatte ohne Ausgrenzung alle Gruppen des Widerstands genannt, den 8. Mai als Tag der Befreiung bezeichnet und im Zusammenhang mit der „erzwungenen Wanderschaft von Millionen Deutschen“ dazu aufgefordert, „den widerstreitenden Rechtsansprüchen das Verständigungsgebot überzuordnen“.

Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD 2005 jedoch hieß es schon, sich „an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern und Vertreibung für immer zu ächten.“

Nach jahrelangem Tauziehen um das „Mahnmal der Vertreibung“, das die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen (BdV) Erika Steinbach schon in den 1970ern anregte, war 2005 die geistige Haltung hergestellt. Wie führt der deutsche Imperialismus Krieg? Als Erika Steinbach 1998 für den Vorsitz im BdV kandidierte, ging sie mit der Zeit: Sie war „überzeugt davon, dass das [Vertreibung] eine Menschenrechtsfrage ist“.

Wenn es was zu menschenrechteln gibt, ist der deutsche Imperialismus dabei. Aus Gründen des Menschenrechts führte Deutschland 1999 einen Angriffskrieg gegen Jugoslawien, in Afghanistan werden menschenrechtsfreundliche Brunnen gebohrt, wenn das nichts hilft, wirft man auf diejenigen Bomben, die Wasser holen wollten und in Libyen wird humanitär das gerettet, wo der Amerikaner schon gehasst wird. Wenn dann noch die „Volkstumspolitik“ unter dem Deckmantel „Europa“ geht, um so besser. Da unterstützt die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung dann auch gern die Teilung der Tschechoslowakei.

Das die nationale Souveränität kaum noch verdeckt nicht anerkannt wird, davon zeugen Beispiele, wie dem von der BRD eingerichteten „Ausschuss der Regionen“ in Brüssel, der es sich zur Aufgabe machte Rechte, die sonst nur einem Gesamtstaat zur Verfügung stehen in Europarecht umzuwandeln. Oder dem Versuch vor der Bundestagswahl 2002 noch so genannte Auslandsdeutsche an die Urnen zu bekommen, in dem man 60.000 tschechischen Staatsbürgern einen deutschen Pass gab.

Am 07.05.2009 unterzeichnete die Tschechische Republik das Militär-Diktat von Lissabon. Das Ganze hatte jedoch eine deutsche Vorgeschichte: Der deutsche EU-Parlamentarier Jo Leinen verlangte offen ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten der Tschechischen Republik. Sollte Václav Klaus den „Vertrag von Lissabon“ nicht unmittelbar ratifizieren, sobald eine positive Entscheidung des tschechischen Verfassungsgerichts vorliegt, müsse Klaus aus dem obersten tschechischen Verfassungsorgan zwangsweise entfernt werden.

Die BRD hat mit der Tschechischen Republik einen Polizeikooperationsvertrag geschlossen, auf dessen Basis gemeinsame Einsätze und gemeinsames Training stattfinden. Auch an der tschechischen Grenze operiert deutsche Polizei bis 30 Kilometer ins Landesinnere, von Fall zu Fall auch auf dem Flughafen in Prag und bis an die polnische Grenze. Bundespolizei und tschechische Polizei haben „gemeinsame Zentren“ aufgebaut, in Furth im Wald arbeiten bundesdeutsche und tschechische Polizei in einem Dienstgebäude zusammen. Und dem Bayerischen Landeskommando der Reservistenverbände wurde die Aufgabe übertragen, Ver-

bindungen mit dem tschechischen Militär zu halten. Auch in der Tschechischen Republik treiben die Reservistenverbände mit Partnerschaften, Manövern, Märschen, gemeinsamen Schießübungen, Konferenzen etc. ihren Einfluss im anderen Land voran.

Republik Polen

Wir haben bereits gehört, dass das Territorium der heutigen Republik Polen schon seit Jahrhunderten zu den Begehrlichkeiten deutschen Machtstrebens gehört – und das nicht nur, weil es auf dem Weg nach Russland liegt.

Im Jahr 1991 verkündete das CDU-Mitglied und damaliger Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen Hartmut Koschyk:

„Die Volksrepublik Polen besitzt über die Gebiete östlich von Oder und Neiße keine territoriale Souveränität, sondern lediglich Gebietshoheit.“

Bei den Verbandstreffen der sogenannten Vertriebenen, die mittlerweile auch wieder auf polnischem Boden abgehalten werden, lauten zentrale Losungen in etwa so: „Schlesien ist nicht Polen – Die Wahrheit wird euch frei machen.“ Sie propagieren den Fortbestand des NS-Verwaltungsbezirks Ostpreußen und werden dabei tatkräftig unterstützt von Ministerpräsidenten und hohen Funktionsträgern fast aller deutschen Parteien.²

Die ach so friedliche Bundesrepublik Deutschland hat die Westgrenze Polens bis heute nicht anerkannt. Das ist schon bezeichnend – auch wenn wir nicht glauben, dass imperialistische Abkommen ein Garant für den Frieden wären.

Am 1. September 1939 waren es deutsche Landser, die für die faschistische Propagandamaschinerie an den Schlagbäumen der polnisch-deutschen Grenze posierten.

Heute verläuft diese Grenze längst nicht mehr entlang von Schlagbäumen.

Die Souveränität und staatliche Integrität Polens werden offen angegriffen. Auf den deutschen Druck zur Ratifizierung der sogenannten EU-Verfassung soll gar nicht eingegangen werden. Die deutsche Konzeption eines Kerneuropa bzw. eines „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ mit Deutschland an der Spitze zwingt nicht nur Polen oft genug zur Annahme deutscher Pläne und Gesetze im Rahmen der EU.

Seit 1993 werden außerdem in großer Zahl deutsche Pässe an polnische Staatsbürger ausgegeben, weil man davon ausgeht, dass die deutsche Staatsbürgerschaft der sogenannten Auslandsdeutschen gegenwärtig nur Ruhe. So wurden zur letzten Bundestagswahl polnische Bürger mit Stimmrecht in Deutschland ausgestattet. Und tausende polnische Bürger wurden zum Militärdienst in der deutschen Bundeswehr herangezogen – das verstößt zwar gegen polnisches Recht, stört aber die Kerneuropäer nicht.



Und weil diese gar keine Skrupel mehr haben, werden auch schon Teile der polnischen Armee faktisch unter deutsche Kontrolle gestellt. Die 10. polnische Panzerkavalleriebrigade ist einer deutschen Division unterstellt und gänzlich in die Versorgungskette, das EDV-System und die Logistik der Bundeswehr integriert – das ist imperialistischer Frieden.

Dieser „Frieden“ hat noch weitere Seiten: Schon 1981 hatte Polen 14 Milliarden DM Schulden beim deutschen Imperialismus, was den damaligen Bundeskanzler Schmid zu der Aussage bewog, die „Wirtschaftshilfe“ für Polen sei ein Bestandteil des deutschen Kriegsetats – und dieser ist in den letzten Jahren stark gewachsen.

Deutsche Konzerne besetzen systematisch die Kommandohöhen der Wirtschaft in Energieversorgung, Transport und Schwerindustrie. Die ökonomische Ausplünderung der Bevölkerung wird v.a. durch Handelsketten wie den Metro-Konzern, Lidl, Tengelmann und andere besorgt.³

Das größte polnische Mobilfunkunternehmen ist Polska Telefonia Cyfrowa, hat etwa 12,7 Millionen Kunden und firmiert unter den zehn größten Unternehmen Polens. Anteilseigner ist zu schlappen 100% die T-Mobile Deutschland GmbH. Von den ca. 9.200 ausländischen Unternehmen in Polen sind etwa 2.700 deutsch. Das ist ein knappes Drittel. Die polnischen Schulden bei deutschen Banken betragen in etwa 39,4 Milliarden Euro, was 19,1% der polnischen Gesamtschulden ausmacht.⁴

Dass man darüber nicht nur in den Medien hierzulande nichts hört, sondern auch in Polen nicht, verwundert wenig, wenn man einsieht, dass auch und gerade die Medien Machtinstrumente sind. Wer die Medien besitzt, besitzt Meinungsdeutungshoheit. Und der Medienmarkt in Polen ist fest in deutscher Hand.

Schon 2003 gehörten 82% der Anteile am polnischen Pressemarkt deutschen Verlegern. Heute sind drei der vier auflagenstärksten und profitabelsten Verlage für Printmedien deutsche: Der Bauer-Verlag, die zur Verlagsgruppe Neue Passauer Presse gehörende Polskapresse und Axel Springer Polska. Die auflagenstärkste Tageszeitung heißt „Fakt“ und ist eine Quasi-Kopie der deutschen Bild-Zeitung aus dem Hause Springer.⁵

Soweit ein paar Anmerkungen zum imperialistischen Frieden deutscher Lesart.

Wir wissen: Ihr Friede und ihr Krieg sind aus dem gleichen Stoff.

Dies ist ein Auszug aus den Untaten derjenigen, die sich gut kennen und die führen längst Krieg.

Ich möchte schließen und kurz darauf eingehen, warum der Zug Klassenkampf statt Weltkrieg in die Tschechische Republik und die Republik Polen fährt. Es werden diejenigen sein, die sich umbringen, die sich nicht kennen. Wir, als Anti-Faschisten, Sozialisten, Demokraten, junge Gewerkschafter, Kommunisten, Unorganisierte, haben Waffen. Als FDJlerin ist meine Organisation eine Waffe, die u.a. 1938 in Prag geschmiedet wurde. Nach dem 2. Imperialistischen WK wurde z.B. der WBDJ ins Leben gerufen, so dass wir uns kennen oder kennenlernen, wie auch auf dem heutigen internationalen Jugendaktivistentreffen. Wir lernen uns darin kennen, in dem wir von der Geschichte um Krieg, Faschismus, Imperialismus und den Widerstand lernen, in dem wir zusammen heute mit einem Teil des Zuges durch Leipzig fahren und auf die Aktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“ aufmerksam machen. Und in dem wir den so notwendigen Klassenkampf mit unseren jeweiligen Waffen führen lernen. Fallen wir dem deutschen Imperialismus in den Arm, so erleichtert dies den Klassenkampf gegen die nationalen Bourgeoisien in den Ländern Tschechiens und Polens. Für den Sozialismus und das Ende der großdeutschen Tyrannei!

Sandy und Julian

Anmerkungen:

- 1) *Welt Online* 24.03.1999.
- 2) Neben den Vertriebenenverbänden sind es v.a. parteieigene und privatwirtschaftliche Stiftungen, die (nicht nur) in Polen Einflussarbeit leisten. Sie nehmen gezielt und mit Erfolg die Nachwuchseliten ins Visier. Zukünftige Entscheidungsträger und Vertreter meinungsbildender Berufe, etwa Journalisten und Wissenschaftler, sollen in deutsch-freundliche Netzwerke eingebunden und als Steigbügelhalter nutzbar gemacht werden.
- 3) Weitere bedeutende Investoren und Anteilseigner in Polen sind beispielsweise UniCredit, RWE, VW, Deutsche Bank, Siemens oder die Commerzbank. Wem Firmen wie „BASF Polska“ oder „Henkel Polska“ gehören, liegt auf der Hand.
- 4) Zusätzlich steckt auch in polnischen Banken in erheblichem Maße deutsches Kapital. Über die polnische BRE-Bank etwa, an der die deutsche Commerzbank zu 70% beteiligt ist, kontrolliert diese mehr als 25 % der polnischen Firmenkonten.
- 5) Der Bauer-Verlag hält bei Zeitschriften einen Marktanteil von 53,2 und Axel Springer Polska einen Anteil von 7,7%. Die Tageszeitungen gehören zu 20,4% Axel Springer Polska und zu 18% Polskapresse. Die Verlagsgruppe Passau macht in Polen etwa genau so viel Umsatz, wie in Deutschland und deutsche Medienkonzerne sind auch im Bereich Radio und Fernsehen auf dem Vormarsch.

Rede der Komunistyczna Partia Polski

Im Jahr 2010 fanden in Polen Kommunalwahlen (Gemeindegemeinschaftsverwaltung) sowie die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen statt, da beim tragischen Flugzeugunglück in Smolensk der Staatspräsident Lech Kaczyński ums Leben kam. Die Wahlen haben den Status Quo der regierenden Koalition bestätigt, allen voran die Vertreter der Obywatelskiej (Bürger) Plattform. Die Partei konnte einen beachtlichen Sieg bei den Selbstverwaltungswahlen erzielen und ihr Kandidat wurde Staatspräsident. Hinter dem Rücken der PO kam auch die rechtsnationale „Prawo i Sprawiedliwość“ (PiS, Recht und Gerechtigkeit) hervor. Im Wahlkampf konzentrierte sich alles auf die liberale proeuropäische PO und die konservative christliche PiS. Auch wenn die Parteiprogramme sich sehr ähneln und beide Parteien aus den Wurzeln der Solidarność stammen, wurde der Wahlkampf zum Teil mit unappetitlichen, teils beleidigenden Äußerungen und Beschuldigungen geführt.

Dritte politische Kraft, welche sich in der jüngsten Vergangenheit einer steil steigenden Unterstützung erfreut, stellt die oppositionelle sozialdemokratische SLD dar. Leider können wir in diese Partei nicht viel Hoffnung setzen, hatte sie doch in ihrer Amtszeit gezeigt, dass sie eine Partei der Bourgeoisie ist, die mit dem Kapitalismus mitschwimmt.

Ende dieses Jahres finden Parlamentswahlen statt, jedoch deutet alles darauf hin, dass sich die politische Szene nicht verändert. Die regierende PO wird ihren Status halten, wenn nicht sogar ihre Position und Unterstützung ausbauen. Eventuell wird die oppositionelle PiS an die Macht kommen, was jedoch nicht unbedingt eine Verbesserung bedeutet, eher eine Verschlechterung der Situation. Einzig verwirrend ist die Tatsache, dass im kapitalistischen Polen es bis dato keine regierende Partei geschafft hat eine Amtszeit zu überleben. Diesmal scheint es jedoch anders. PO erfreut sich einer starken Unterstützung, jedoch wohl darauf beruhend, dass die Angst vor der PiS noch stärker ist. Die sehr gute Propaganda und PR der Regierenden sowie die Unterstützung durch die Medien können das Ansehen der amtierenden Politiker nicht erschüttern und das trotz eklatanten und deutlichen Verfehlungen. Auch zahlreiche Korruptionsaffären können die Regierenden nicht schädigen.

Gleichzeitig sind die Staatsfinanzdefizite immer gravierender. Obwohl man über die gleichen Methoden (Manipulation der Statistiken) verfügt, wie sie Griechenland in den Staatsbankrott geführt haben, wird das Staatsdefizit immer größer. Um dieses auszugleichen greift man den Ärmsten und Schwächsten immer tiefer in die Taschen. Steuerabgaben werden erhöht, Energie und Lebensmittel werden immer teurer, Bildungsausgaben werden gekürzt, der Zugang zum

Gesundheitswesen verschlechtert und zuletzt die Rentenkassen geplündert, obwohl die gleichen Politiker vor Jahren versprochen haben: Die Renten sind sicher!

Alle Versuche der Regierung verschieben die Rezession nur kurzfristig nach hinten. Ohne eine radikale Wendung in der Politik wird die Schere zwischen Arm und Reich immer größer. Ein polnisches Griechenland ist sehr real. Wenn die offizielle Staatsverschuldung 60% des Bruttoinlandsprodukts übersteigt (im Grunde ist das schon lang der Fall), muss nach der polnischen Verfassung der Staatshaushalt im kommenden Jahr ausgeglichen werden. Was dies bedeutet, kann sich ja jeder vorstellen: Investitionsstopp, weitere Kürzungen der Staatsausgaben in Bildung, Kultur und Gesundheit.

Dies kann schon im kommenden Jahr der Fall sein. Vielleicht wenn dann die Bevölkerung am eigenem Leib spürt, was die Politik anrichtet, wird sie aktiv und unternimmt etwas.

Leider ist von einem politischen oder auch nur ökonomischen Streik weit und breit nichts zu sehen. Die Bevölkerung hat scheinbar die gesamte Kraft der Straße aufgebraucht um den Sozialismus zu stürzen. Den Regierenden ist es recht. Vor allem ist in Polen momentan keiner da um die Bevölkerung an die Barrikaden zu führen. Die Gewerkschaften sind sehr schwach, zerschlagen, ihre Funktionäre schauen auf sich und kooperieren mit dem Kapital. Streiks, wie zuletzt der Krankenschwestern, werden nicht unterstützt und sind wirkungslos.

Die größte Oppositionspartei, die PiS, schürt Angst mit der Warnung vor einer Bedrohung durch die Russische Großmacht und besinnt sich auf christliche Werte, was die große Schar der Arbeiter anspricht.

Die KPP (Kommunistische Partei Polens) ist äußerst schwach und momentan nicht in der Lage, Arbeiter auf die Straße zu bekommen. Wir beschränken uns also auf wenige Aktionen um die Propaganda und die PR, welche die kommunistischen Ideologien in die Museen vertreiben will und für tot erklärt, zu überleben. Wir wollen noch eine größere Masse der Bevölkerung ansprechen und unsere Ziele verbreiten, leider sind wir in der Defensive. Ein Auftauchen auf den Wahlzetteln zur letzten Selbstverwaltungswahlen brachte uns keinen nennenswerten Erfolg, jedoch sorgte dieser Auftritt für viel Verwirrung und Diskussionen, welche wir nutzen müssen.

Das Interesse an unserer Partei haben wir geweckt und sind überzeugt, dass dem Kommunismus die Zukunft gehört. Wir sind erst am Anfang, aber der Triumph wird über dem Kommunismus leuchten.

Rede der Komunistický Svaz Mládeže

Die Teilnahme der Kommunistischen Jugendunion an der Aktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“ ist ein Teil der anti-imperialistischen Aktivitäten der KSM, die eine der Säulen unserer Organisation darstellt. Der Kampf gegen das imperialistische Dreigespann EU, USA und NATO, gegen ihre Politik der Aggressionen, der Okkupationen, des Tötens und Fütterns dieses bodenlosen Rachens des militärisch-industriellen Komplexes mit den Staatsfinanzen der Länder und mit dem Blut ihrer Opfer, die in der imperialistischen Kette stehen, muss in die Waagschale des Frontkampfes in unseren eigenen Ländern geworfen werden. Ihre herrschenden Klassen tragen die direkte Verantwortung für die imperialistischen Verbrechen, die im Irak, in Afghanistan und in den Ländern des zerstörten Jugoslawien und in ande-



ren Ländern begangen wurden. Die herrschende Klasse der Tschechischen Republik trägt ihren Teil der Verantwortung. Und es ist kein Zufall, dass unser Land in die NATO hineingezogen wurde, nachdem sich die herrschende Klasse geweigert hat, ein öffentliches Referendum über die Teilnahme oder Nichtteilnahme durchzuführen, nur 12 Tage vor der Aggression gegen Jugoslawien.

Es ist kein Zufall, dass, nachdem die Tschechoslowakei den nationalen Befreiungskampf der Nationen, die 40 Jahre vom Imperialismus attackiert wurden, unterstützt hatte, nun die Söldnertruppe der Armee der Tschechischen Republik nach dem Umsturz des Sozialismus bei imperialistischen Aggressionen und Okkupationen eingesetzt wurde. Ihre schändlichen Fußabdrücke sind auf den Böden des Balkans, im Irak, in Afghanistan eingebrannt, wo einige dieser Rambos die Interessen ihrer Herren sogar mit den Helmen der Waffen-SS durchsetzten.

Es ist kein Zufall, dass die herrschende Klasse der jetzigen Tschechischen Republik nur zu gerne einwilligt, den Nachfragen der USA nach einer US-Militäranlage des sogenannten Raketenabwehrsystems, das die absolute Mehrheit der Bevölkerung unseres Landes ablehnt, nachzukommen. Mit der Entwicklung der Krise des kapitalistischen Systems ziehen sie uns auf die Schwelle neuer weltweiter Konflikte für die Aufteilung der Rohstoffquellen und Märkte.

Es ist kein Zufall, dass, 20 Jahre nach der Restauration des Kapitalismus in unserem Land und nach ihrer Unterwerfung unter die ökonomische und politische Macht des Kapitals, der gesamte Sektor der nationalen Ökonomie buchstäblich liquidiert ist und andere leben am Rande des Überlebens stehen. Die Werktätigen unseres Vaterlandes sind heute re-

duziert auf ihre Arbeitskraft, deren Rechte Schritt um Schritt durch das Kapital beschnitten werden. Ihr nationaler Reichtum wurde enteignet und insgesamt gehören 79% der Wirtschaft ausländischem Kapital. Das deutsche und österreichische Kapital schaffte es, sich einen signifikanten Anteil am Reichtum unseres eroberten Vaterlandes an zueignen. Sie kontrollieren heute zum Beispiel einen großen Teil des Bankensektors, (z.B. eine Tschechische Versicherungsgesellschaft), die Presse (z.B. Vltava-Labe-Press, MAFRA, a.s.; deren Bezeichnung als tschechisch nur noch ein Euphemismus ist), den Energiesektors (z.B. REW

Transgas, E.ON), den Kommunikationssektors (z.B. T-Mobile) und das traditionelle Flaggschiff unserer Wirtschaft – die Automobilfirma Škoda. Das deutsche Großkapital besitzt in der Tschechischen Republik ebenso viel wie das sogenannte tschechische Kapital – ungefähr 30 Prozent.

Anstelle einer Wirtschaft, die den Menschen unseres Landes gehörte und die weitestgehend deren Bedürfnisse befriedigte, die hoch entwickelt war, sind wir in die grausame Wirklichkeit der Neokolisation gestürzt, und ein großer Teil der arbeitenden Bevölkerung kämpft um die nackte Existenz. Nur ein konsequenter Kampf gegen den Kapitalismus und der Sieg über seine imperialistischen Strukturen wird erneut die Tür aufmachen für die politische und ökonomische Macht der „unteren 10 Millionen“ der arbeitenden Bevölkerung.

Sieg über die bewaffneten Kräfte der imperialistischen Aggressoren!

Sozialismus oder Barbarei!

Rede der Svaz mladých komunist ceskoslovenska



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe deutsche und polnische Freunde,

ich möchte mich für mich selbst und für das Zentralkomitee des Bundes der jungen Kommunisten der Tschechoslowakei für die Einladung bedanken. Jedes Treffen mit euch, sei es hier oder auf einem anderen Territorium, bekräftigt mich in der Überzeugung, dass wir mit festen Standpunkten gemeinsam unseren Kampf führen können. Ich möchte kurz im Namen für den Verband der Jungkommunisten der Tschechoslowakei etwas zur Situation in unserem Kampf sagen.

Das Gespenst des Kommunismus geht um in Europa. Aber auch die Gespenster von Faschismus und Militarisierung. Von Militarisierung und Faschismus zum Krieg ist nur ein kleiner Schritt. Die Geschichte Europas ist die Geschichte von Kriegen, in denen immer die Arbeiter, die Alten und die Kinder untergehen, und an denen eine kleine Gruppe von Finanzoligarchen sich bereichert. Der Vater dieser Kriege ist das aggressive Kapital. Zur Zeit wird die imperialistische Europäische Union hauptsächlich von der deutschen Bourgeoisie kontrolliert, und das betrifft auch solche Länder, die böse Erfahrungen mit deutscher Besatzung, mit der Kolonisierung durch deutsches Kapital und deutschem Massenmord haben.

Die Aktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“, durchgeführt von fortschrittlichen und anti-imperialistischen Kräften in

Deutschland, darunter der FDJ, lenkt die Aufmerksamkeit darauf, dass die deutsche Bourgeoisie zwei Weltkriege begonnen hat. Sie lenkt die Aufmerksamkeit darauf, dass heute das deutsche Kapital die Tschechische Republik und Polen kolonisiert. Sie lenkt die Aufmerksamkeit auf die Bedrohung, die von dieser Klasse für die meisten Nationen ausgeht.

Die Kommunistische Jugendunion der Tschechoslowakei schließt sich der Sicht deutscher Freunde zur Solidarität mit den tschechischen und polnischen Arbeitern voll und ganz an. Sie unterstützt diese Aktion in der Tschechischen Republik. Wir, die Mitglieder der Kommunistischen Jugendunion, werden an der Aktion teilnehmen und sie bei anderen Organisationen und in der Öffentlichkeit bekanntmachen.

Wir erklären, dass es heute hoch an der Zeit ist, dass die Arbeiter sich bewusst werden: ihr wahrer Feind sind nicht andere Länder und Rassen, sondern es ist die Ausbeuterklasse. Die Machenschaften der Bourgeoisie dauern bereits viel zu lange an. Unser Planet wird sie nicht länger tragen können.

Es ist im Interesse des ganzen Volkes, die mächtigen Institutionen durch den entschiedenen Willen der Mehrheit wegzufegen und die Herrschaft einer fortschrittlichen Welt des Friedens aufzurichten – den Sozialismus!

Klassenkampf statt Weltkrieg!

Für Frieden, Fortschritt und Sozialismus!
Ehre unserer und eurer Arbeit!

Was unsere politische Situation betrifft, wissen sowohl die deutschen, als auch die polnischen Genossen sehr gut. Zu 90 % ist unsere Situation wie die in Polen. Gegenwärtig ist an der Regierung eine Koalition von faktisch gleichen drei Parteien. Im vergangenen Sommer haben Wahlen stattgefunden. Im Ergebnis hat zwar die Sozialdemokratie die meisten Stimmen gewonnen, aber da die Stimmen nicht ausreichten, musste sie eine Koalition mit zwei ebenfalls rechten Parteien eingehen. Die herrschenden Medien, das öffentliche Fernsehen, die meisten Zeitungen erzählen Tag für Tag, dass Reformen notwendig wären, dass es so nicht weiter gehen kann und es werden auf diese Weise die Massen verdrummt. Die jungen Generationen erfahren so nichts über die Wirklichkeit. Kaum jemand vergegenwärtigt sich, obwohl ältere Menschen helfen könnten, zu verstehen, dass die schlechte Situation, in der wir uns befinden und vor der getönt wird, gerade die drei Parteien verursacht haben. Die Leute gehen mit der Zeit und sie vergegenwärtigen sich nicht, ihre wirkliche Lage und sie haben Angst davor, ihre Meinungen zu äußern, die den Herrschenden nicht willkommen sind. Sie vergessen, dass es in der Tschechoslowakei soziale Gewissheiten (bezahlten Urlaub, Wirtschaft, die ohne Defizite funktionierte) gab. Es ist geradezu verwunderliche, wie schnell Leute oftmals ihre Meinung ändern, ihr Mäntelchen nach dem Wind hängen und sich anpassen

und dies auch in die junge Generation übertragen. Und es ist schlimm, wenn man sieht, wie viele rechte Anschauungen es in der jungen Generation gibt, auch rassistische und nationalistische. Obwohl wir eine kommunistische Partei haben, ist die Situation doch die, dass sie nicht in der Lage ist, die Menschen zu einer Revolution zu führen. Das liegt daran, dass in ihrer Führung eine ganze Reihe Leute sind, die eigentlich Revisionisten sind. Es handelt sich da um eine Partei, die sich am liebsten ständig für irgendwas entschuldigen möchte und nach 20 Jahren nach der Konterrevolution noch immer versucht, den Herrschenden entgegen zu kommen und sie hat die Tendenz zur Sozialdemokratie eine Nähe zu bekommen. Die meisten Mitglieder unseres Verbandes sind Mitglieder dieser Partei und wir bemühen uns, auch wenn wir nur wenige sind, mehr Einfluss in der Partei zu bekommen und bis in die höchste Stellen der Partei vor zu dringen und den Einfluss zu erhöhen, damit sie eine echte kommunistische Partei wieder wird. Ich wünsche euch, für uns alle, in unser aller Namen, viel Glück im Leben, viel Erfolg in eurem Kampf, wir wissen, dass es nicht leicht ist. Für euch. Wir wünschen euch, dass ihr Erfolg habt, in der Arbeit, im Studium. Wir wissen aber auch wie leicht es sein kann, dass aufgrund eures Kampfes, ihr die Arbeit verliert oder aus der Hochschule rausgeworfen werdet. Ich wünsche uns und euch, dass wir noch weitere Gelegenheiten haben werden, uns wie heute hier zu treffen.

Danke für die Aufmerksamkeit!



Material zum Notstand der Republik

Broschüre vom Jugendkongress – Notstand der Republik in Berlin am 12. und 13. Mai 2007

Aus dem Inhaltsverzeichnis:

- *Der Staat*
- *Besonderheiten deutscher Demokratie und die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus*
- *Die Zentralisierung und Zusammenlegung der Gewaltapparate*
- *Der Heimatschutz und der Einsatz der Bundeswehr im Inneren*
- *Die fließenden Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit*
- *Die Hartz-Gesetze und deren Auswirkung auf die Jugend*

Broschüre vom Aktivistentreffen des Jugendaktionsausschuss - Notstand der Republik in Nürnberg am 2. und 3. Februar 2008

Aus dem Inhaltsverzeichnis:

- *Zu den Ursachen des Notstands*
- *Mit den Gewerkschaften gegen den Notstand*
- *Der Kampf gegen die Notstandsgesetze in den 60er Jahren und was 40 Jahre danach daraus wurde*
- *Aktiv gegen den Heimatschutz!*
- *Die Demonstrationen vom 3. November 2007*

Preis je Broschüre: 2,00 €. Bestellung unter Angaben von Liefer- und Rechnungsanschrift bitte an: Info@Jugendkongress-NdR.de

Weitere Materialien des Jugendaktionsausschuss-Notstand der Republik, sowie alle bisher erschienenen Infobriefe befinden sich auf der Homepage

(www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de) und können von dort aus auch bestellt werden.



Klassenkampf statt Weltkrieg

unterstützt vom Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik



Wenn Lukas in Bayern, Anna in Sachsen, Jiri in der Tschechischen Republik und Magdalena in der Republik Polen geboren werden, dann haben alle vier etwas gemeinsam. Die wichtigste Entscheidung für ihr Leben ist mit dem gesellschaftlichen Stand ihrer Familie, in die sie hineingeboren werden, schon gefällt. Ist es eine reiche Familie, werden sie später auch mal zu den Reichen gehören, ist es eine Arbeiterfamilie, werden sie später auch zur Arbeiterklasse gehören. Vom Tellerwäscher zum Millionär soll es zwar schon mal jemand geschafft haben, aber das ist die absolute Ausnahme. Nehmen wir mal an, sie alle sind Arbeiterkinder.

Unterschiede gibt es dennoch. Z.B. Lukas könnte der Sohn von einem der 3000 Arbeiter bei Krauss Maffei sein, die Panzer produzieren, aber dabei wenigstens einigermaßen gut verdienen. Die Eltern von Anna sind, wie 16% in den neuen Bundesländern, auf Arbeitslosengeld II angewiesen, weil die Firma, in der ihr Vater in der DDR gearbeitet hatte, zu den 263.000 Firmen in Sachsen gehörte, die vom Westen nach 1990 platt gemacht wurden. Da ist es schwer Arbeit zu finden, nachdem von den 6 Mio. Arbeitsplätzen in der DDR schon bis 1991 3,5 Mio. vernichtet waren. Der Vater von Jiri ist einer von nur noch 5.000 Arbeitern im Pilsener Skodawerk, das VW nach dem Zusammenbruch des Sozialismus billig aufgekauft und erstmal 30.000 Arbeiter auf die Straße geworfen hat. So wie es westliche, allen voran deutsche Konzerne mit einem Großteil der einst vergesellschafteten Produktion in der Tschechoslowakei gemacht haben, von der so zwei Jahre nach 1990 bereits über ein Viertel zerstört war. Magdalena ist die Tochter einer Verkäuferin bei Metro, eines von rund 9000 ausländischen Unternehmen in Polen, welche zu einem Drittel in deutscher Hand sind. Sie verdient nur rund 600€ brutto, was nur knapp unter dem monatlichen Durchschnittsverdienst in Polen liegt.

Lukas, Anna, Jiri und Magdalena, sie alle müssen kämpfen. Erst um die Schulbildung, dann um eine Ausbildung, später darum eine Arbeitsstelle zu bekommen und immer darum, ihr Überleben zu sichern. Und sie werden diesen Kampf nie wirklich gewinnen solange sie sich nicht mit ihren Klassenbrüdern zusammenschließen und nicht gegeneinander sondern gegen die Reichen, die Kapitalisten kämpfen.

Dabei heißt es doch, dass Frieden sei. Aber im Kapitalismus gibt es keinen Frieden. Die Arbeiter konkurrieren um den Arbeitsplatz und die eine Belegschaft gegen die andere. Die Firmen einer Branche wetteifern um den höchsten Absatz. Der

eine Konzern kämpft gegen den anderen und die Staaten um Einflussphären und wirtschaftliche Macht. Wie sollen da nicht eines Tages auch die Völker gegeneinander kämpfen? Bertolt Brecht schrieb einmal: „Die Oberen sagen: Frieden und Krieg sind aus verschiedenem Stoff. Aber ihr Friede und ihr Krieg sind wie Wind und Sturm. Der Krieg wächst aus ihrem Frieden, wie der Sohn aus der Mutter, er trägt ihre schrecklichen Züge. Ihr Krieg tötet, was ihr Frieden übriggelassen hat.“ Bereits zwei Mal in der Geschichte waren es Weltwirtschaftskrisen, die der Wind waren, aus dem Weltkriege wuchsen, deren Sturm 1914 bis 1918 und 1939 bis 1945 die Welt in

wurde von der Bundesrepublik annektiert, d.h. alles, was die Arbeiter dort in 40 Jahren aufgebaut hatten, hat sich die BRD einverleibt und zu einem großen Teil dem Erdboden gleich gemacht. Zur gleichen Zeit hat sie sich am einstigen Volkseigentum der Tschechischen Republik und der Republik Polen bereichert und sich eine bedeutende ökonomische Macht in diesen Ländern gesichert. Die Folgen sind Deindustrialisierung, Massenarbeitslosigkeit, Armut und der Verfall von Kultur und Bildung. Das ist der Wind, die Zerstörungskraft des kapitalistischen Friedens, aus dem der Krieg erwächst, der tötet, was ihr Frieden übrig gelassen hat. Durch die aktuelle

Weltwirtschaftskrise hat die Kriegsgefahr enormen Aufwind bekommen und erneut droht ein Sturm in Form eines 3. Weltkriegs.

Gegen den 2. Weltkrieg kämpften tschechische und polnische Arbeiter, Demokraten und Antifaschisten in den Fabriken, Städten, Ghettos, Konzentrationslagern, in Widerstandsgruppen, als Teile der Roten Armee und aus dem Exil. Wenige Deutsche kämpften mit ihnen, aber es gab sie. Z.B. gründeten junge deutsche Sozialdemokraten, Kommunisten und Christen im Prager Exil die Freie Deutsche Jugend um gemeinsam gegen den deutschen Faschismus und Krieg vorzugehen. Im Konzentrationslager Buchenwald bauten die Häftlinge ein illegales internationales Lagerkomitee, einschließlich einer illegalen Militärorganisation auf, welche maßgeblich an der bewaffneten Selbstbefreiung beteiligt waren. Nach ihrer Selbstbefreiung schworen die Häftlinge aus aller Welt gemeinsam die

Wurzeln von Faschismus und Krieg zu vernichten.

Die Erfüllung ihres Schwurs steht noch aus. Vor dieser Aufgabe stehen Lukas, Anna, Jiri und Magdalena, d.h. wir alle. Wir alle sind Arbeiter, egal ob wir aus der BRD, der annektierten DDR, der Tschechischen Republik oder der Republik Polen kommen. Unser größter Feind ist der Krieg, konkret ein Weltkrieg, der längst wieder vom deutschen Imperialismus vorbereitet wird.

Wir heißen nicht Lukas und Anna, aber wir sind Jugendliche aus verschiedenen Organisationen, zusammengeschlossen im Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik, der die internationale Antikriegsaktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“ unterstützt. Eine Aktion, die am 08. Mai 2011, dem 66. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg startet und von Berlin aus mit fünf LKWs durch die annektierte DDR, die Tschechische Republik und die Republik Polen zu fahren, um vor der Kriegsgefahr und dem deutschen Imperialismus zu warnen.

Schließ dich an!

INFORMIEREN · UNTERSTÜTZEN · SPENDEN · MITFAHREN

Internationale Antikriegsaktion
zum 66. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus



Ein Zug durch die annektierten DDR, die Tschechischen Republik und die Republik Polen vom 8. Mai bis zum 22. Mai 2011

Die Aktion wird zusammen mit vielen Unterstützern durchgeführt vom

Aktionsbüro „Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“

Karl-Liebknecht-Haus, Weddingstr. 14-16, 10178 Berlin, Tel.: 030-24008505,
E-Mail: aktionsbuero@himmelstschweitz.de, www.himmelstschweitz.de
Spendenk.: Waldenberge / Förderkreis Spakasse, Notruf: 1 252 732 021,
BLZ: 50050201, Stichwort: Himmlische Vier

Schutt und Asche legte. Beide Male war es der deutsche Imperialismus, der diese Kriege auslöste. Beide Male wurde er vernichtend geschlagen. Das Ende des 2. Weltkrieges am 08. Mai 1945 war zugleich unsere Befreiung vom deutschen Faschismus, eine besonders grässliche Fratze des Kapitalismus. Diese Befreiung kostete die Völker der Welt, die Alliierten, allen voran die Sowjetarmee, zusammen 55 Mio. Menschenleben. Aber viele Völker zogen daraus die richtige Konsequenz und vernichteten die Wurzeln des Krieges und des kapitalistischen Friedens, den Kapitalismus selbst. Die Tschechoslowakei, das letzte Opfer der deutschen Vorbereitung des Weltkrieges, wurde volksdemokratisch, ebenso wie Polen, das erste Opfer bei der Durchführung des Weltkrieges und auch ein Teil Deutschlands, die Deutsche Demokratische Republik. Bis 1990 eine Kehrtwende eintrat und diese Länder in den Kapitalismus zurück geworfen wurden. Die Geschichte von Anna, Jiri und Magdalena zeigt, was dies für die Menschen dieser drei Länder bedeutet. Die Deutsche Demokratische Republik



Auszüge aus Unterstützererklärungen zu Klassenkampf statt Weltkrieg

Jugendaktionsausschuss Notstand der Republik

Bei unserem Jugendkongress am 12./13. Mai 2007 in Berlin waren wir uns schon einig: „Wir werden weder gegen unser Volk noch gegen andere Völker in den Krieg marschieren.“ Wir wissen das der Staatsumbau Kriegsvorbereitung gegen andere Völker ist. Doch nur zu wissen was droht, hilft kein Stück weiter. Deswegen unterstützen wir die Aktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“. Deswegen soll jeder die Merkel sehen, wie sie auf einer Rakete versucht nach oben zu klettern, um an die Spitze zu kommen und es doch niemals schafft. Deswegen sollen die Menschen sehen, wie die Kapitalisten an der Rakete die Lunte anstecken, so wie sie Feuer an die Lunte des Weltkrieges legen. Deswegen soll jeder die Generäle und Kommissköpfe des Militärs und ihre Handlanger auf dem Wagen der Reaktion stehen sehen. Deswegen soll jeder unsere Antwort gegen Militarisation und Krieg und für Völkerfreundschaft auf dem Wagen der Jugend und der Arbeiter sehen.

Freie Deutsche Jugend (FDJ)

Die FDJ wurde 1936, vor 74 Jahren nicht in einer deutschen Stadt, sondern unter anderem in Prag gegründet. Von Jugendlichen, die im Exil dort leben mussten, die fliehen mussten aus Deutschland, weil sie Antifaschisten waren, Kommunisten, Sozialisten, Christen. Sie hatten verloren gegen den deutschen Imperialismus, der für die Sicherung seiner Herrschaft den Faschismus installiert hatte. Sie hatten verloren, weil sie die Gefahr des Faschismus und die Gefahr des Weltkrieges nicht früh genug erkannt hatten und vor allem weil sie zersplittert waren im Kampf dagegen. Eine Lehre daraus war gemeinsam die Freie Deutsche Jugend zu gründen. Das gilt bis heute. [...]

Klassenkampf - Jetzt! Ehe wir uns erst wieder im Exil zusammenfinden müssen. Klassenkampf statt Weltkrieg - Jetzt! Ehe wieder Millionen Menschen unserer Nachbarländer und weltweit für unser Abwarten und unsere Zersplitterung mit ihrem Leben bezahlen müssen.

Arnold Schölzel (Chefredakteur *junge welt*)

Seit zwanzig Jahren bemühen sich Politiker, Leitmedien und PR-Agenturen darum, die Bevölkerung an Krieg zu gewöhnen. Noch haben sie trotz aller Anstrengungen den Kampf um die Erinnerung an den vom faschistischen Deutschland ausgelösten Weltkrieg nicht gewonnen. Eure Aktion hilft sehr, dass es dazu nicht kommt.

Kommt zum internationalem Jugendaktivistentreffen des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik am 16. April 2011, in Leipzig

Bei diesem Jugendaktivistentreffen werden Jugendunterstützer aus der Tschechischen Republik, der Republik Polen, der annektierten DDR und der BRD zusammenkommen. Thema ist die gemeinsame Geschichte des Kampfes gegen Faschismus und Krieg, die aktuelle Lage und natürlich der Austausch darüber. Außerdem werden wir mit internationaler Besetzung auf einem der LKW's der Aktion durch Leipzig fahren und gemeinsam den Zug anzukündigen. Am Sonntag, den 17.04. gibt es die Gelegenheit gemeinsam an der Befreiungsfeier des ehemaligen KZ Buchenwald teilzunehmen.

Infos und Anmeldung unter: Info@Jugendkongress-NdR.de oder 01 63-9872694

Kommunistische Jugendunion (KSM), Tschechische Republik

Es ist kein Zufall, dass 20 Jahre nach der Restauration des Kapitalismus in unserem Land 70 Prozent der Wirtschaft ausländischem Kapital gehört. Das deutsche und österreichische Kapital schafft es, sich einen signifikanten Anteil am Reichtum unseres eroberten Vaterlandes anzueignen. Sie kontrollieren heute zum Beispiel einen großen Teil des Bankensektors, der Presse, des Energiesektors, des Kommunikationssektors und das traditionelle Flaggschiff unserer Wirtschaft – die Automobilfirma Skoda. [...] Anstelle einer Wirtschaft, die den Menschen unseres Landes gehörte und die weitestgehend

deren Bedürfnisse befriedigte, die hoch entwickelt war, sind wir in die grausame Wirklichkeit der Neokolonisation gestürzt, und ein großer Teil der arbeitenden Bevölkerung kämpft um die nackte Existenz. Nur ein konsequenter Kampf gegen den Kapitalismus und der Sieg über seine imperialistischen Strukturen wird erneut die Tür aufmachen für die politische und ökonomische Macht der „unseren 10 Millionen“ der arbeitenden Bevölkerung.

Sieg über die bewaffneten Kräfte der imperialistischen Aggressoren! Sozialismus oder Barbarei!

Jungkommunistenverband der Tschechoslowakei (SMKČ)

Die Geschichte Europas ist die Geschichte von Kriegen, in denen immer die Arbeiter, die Alten und die Kinder untergehen, und an denen eine kleine Gruppe von Finanzoligarchen sich bereichert. Der Vater dieser Kriege ist das aggressive Kapital. Zur Zeit wird die imperialistische Europäische Union hauptsächlich von der deutschen Bourgeoisie kontrolliert, und das betrifft auch solche Länder, die böse Erfahrungen mit deutscher Besatzung, mit der Kolonisierung durch deutsches Kapital und deutschem Massenmord haben. [...]

Wir erklären, dass es heute hoch an der Zeit ist, dass die Arbeiter sich bewusst werden: Ihr wahrer Feind sind nicht andere Länder und Rassen, sondern es ist die Ausbeuterklasse. Die Machenschaften der Bourgeoisie dauern bereits viel zu lange an. Unser Planet wird sie nicht länger tragen können.

Es ist im Interesse des ganzen Volkes, die mächtigen Institutionen durch den entschiedenen Willen der Mehrheit wegzufügen und die Herrschaft einer fortschrittlichen Welt des Friedens aufzurichten – den Sozialismus!

Krzysztof Szwej, Vorsitzender der Kommunistischen Partei Polens

Diese Aktion bringt den Einwohner der auf der Marschroute liegenden Orte das Wissen über die tragische Geschichte näher, deren Beginn auf die Münchener Verträge zurück geht. [...] Sie hilft vor allem dabei zu verstehen, dass auf beiden Seiten der Grenze Menschen leben, deren Anliegen es ist nicht zuzulassen, dass sich die größte Tragödie der Menschheit, die der Zweite Weltkrieg und die Politik des III. Reiches waren und die zu unvorstellbarem Leid der Menschen, insbesondere der Arbeiterklasse, geführt hat, jemals wiederholt.

linksjugend ['solid] Landesverband Thüringen

Der Satz "Eine Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel", aus dem Schwur der Häftlinge des KZ Buchenwald nach Ihrer Selbstbefreiung, ist uns Verpflichtung, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg und Faschismus ausgehen darf.



linksjugend ['solid] Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

Gegen Krieg zu streiten bedeutet deshalb auch, die wirtschaftlichen Interessen in dem Land, in dem wir leben, anzugreifen, Widerstand zu leisten und solidarisch mit denen zu sein, die mit uns eine friedliche Welt erreichen wollen. Deswegen unterstützen wir die Kampagne Klassenkampf statt Weltkrieg.

Die Route des Zuges

8. Mai - Von BERLIN nach Leipzig • 9. Mai - Von Leipzig nach DRESDEN • 10. Mai - Von Dresden nach PRAG • 11. Mai - Von Prag nach ZILTAU • 12. Mai - Von Ziltau nach ZGORZELEC • 13. Mai - Von Zgorzelec nach SLUBICE • 14. Mai - Slubice - Frankfurt/Oder - Slubice • 15. Mai - Von Slubice nach POZNAŃ • 16. Mai - Von Poznań nach BYDGOSZCZ • 17. Mai - Von Bydgoszcz nach GDAŃSK • 18. Mai - Gdańsk • 19. Mai - Von Gdańsk nach BYDGOSZCZ • 20. Mai - Von Bydgoszcz nach POZNAŃ • 21. Mai - Von Poznań nach KOSTRZYŃ NAD ODRĄ • 22. Mai - Von Kostrzyń Nad Odrą nach BERLIN (Sowjetisches Ehrenmal)